

## Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 26. März 2012**,  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

### **18. Sitzung des Gemeinderates**

Beginn der Sitzung: 15.02 Uhr

Ende der Sitzung: 18.43 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 17. Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2012 liegt zur Einsichtnahme auf.

## **A n w e s e n d e**

**Vorsitzender:** Bürgermeister Dr. Peter Koits

### **SPÖ-Gemeinderatsfraktion**

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Silvia Huber

Gemeinderäte:

Stefan Ganzert  
Ernst Kirchmayr  
Johann Reindl-Schwaighofer

Mag. Sabine Brenner-Nerat  
Klaus Hoflehner  
Brigitte Lindlbauer

Raimund Buttinger  
Mag. Bernhard Humer

Barbara Wildfellner

### **FPÖ-Gemeinderatsfraktion**

2. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Dr. Andreas Rabl

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner  
Margarete Josseck-Herdt  
Mag. Georg Parzmayr  
Manfred Wiesinger

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger  
Mag. Günter Lehner  
Christa Raggl-Mühlberger

Heribert Helm  
Dietmar Marehard  
Egon Schatzmann

### **ÖVP-Gemeinderatsfraktion**

3. Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

Dr. Peter Csar  
Herbert Pernkopf  
Walter Zaunmüller

Stefan Haböck  
Brigitte Wartinger

Augustine Hacker  
Markus Wiesinger

### **GRÜNE-Gemeinderatsfraktion**

Gemeinderäte:

Dipl.-Ing. Renate Leitinger

Mag. Elke Mayerhofer

Prof. Mag. Walter Teubl

### **Vom Magistrat:**

MDStv. SenR. Dr. Bernd Spitzer  
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

### **Schriefführer:**

W.OAR. Johann Höpfl  
Beate Wiesinger

### **Entschuldigt:**

GR. Hannelore Aigner (SPÖ)  
GR. Mag. Petra Lipp (SPÖ)  
GR. Karl Schönberger (SPÖ)

# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 20.03.2012 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

## Anfrage von GR. Mag. Elke Mayerhofer an Bgm. Dr. Koits betreffend öffentlicher Grünraum:

Bgm. Dr. Koits: Frau Gemeinderätin Magister Elke Mayerhofer hat folgende Anfrage an mich gerichtet:

„Laut Statistischem Jahrbuch der Stadt Wels aus dem Jahr 2010 betragen die diversen Naherholungsflächen im Welser Stadtgebiet 117,5 ha. Damit bilden sie die sogenannte „Grüne Lunge von Wels“. Die Fraktion der GRÜNEN stellt nun folgende Anfrage an Sie:

- Zur „Grünen Lunge von Wels“ zählen lt. Statistischem Jahrbuch folgende Flächen: Parkanlagen, Spielplätze, Verkehrsbegleitgrün extensiv, Verkehrsbegleitgrün intensiv, Kindergärten und Horte, Schulen, Grünflächen der Gebäudeverwaltung und sonstige Grünflächen.  
Wie viele dieser Flächen (Angabe bitte in ha oder m<sup>2</sup>) sind für die Bevölkerung frei zugänglich und können tatsächlich in der Freizeit genutzt werden?
- Welche Art von Flächen fällt unter den Begriff „Grünflächen der Gebäudeverwaltung“?
- Welche Art von Flächen fällt unter den Begriff „Sonstige Grünflächen“?
- Welche Flächen sind konkret als Park oder Spielplatz gewidmet? Wie viele dieser als Park/Spielplatz gewidmeten Flächen befinden sich auch tatsächlich im Besitz der Stadt Wels und sind aktuell auch als Park/Spielplatz von der Bevölkerung nutzbar?
- Für die Pflege und Instandhaltung der öffentlichen Grünanlagen und Spielplätze ist die Stadtgärtnerei zuständig. Nach welchen Parametern erfolgt diese?
- Welche Anforderungen stellt die Stadt an ihre öffentlichen Grünanlagen?
- Gibt es Erhebungen zur Zufriedenheit der Bevölkerung mit den öffentlichen Grünanlagen?

- Gibt es Bestrebungen zu einer grundlegenden Veränderung in der öffentlichen Grünraumgestaltung, sodass diese eine vielfältigere Gestaltung erfahren z. B. einen Pavillon, Wasserflächen, Grillflächen, getrennte Bereiche für Jung und Alt, Burschen und Mädchen oder Naschhecken?
- Gerade im Bereich von Spielplätzen wird immer wieder von Konflikten mit Jugendlichen berichtet. Wo gibt es konkret Platz für Jugendliche in den diversen öffentlichen Naherholungszonen?“

Ich werde diese Vielzahl von Fragen schriftlich beantworten und hätte auch noch darum gebeten, wenn irgendwie möglich derart umfangreiche Anfragen doch etwas früher als innerhalb der Fünf-Tage-Frist hereinzugeben, damit man auch einmal gründlich solche Anfragen beantworten kann. Ansonsten packen wir es aufgrund sonstiger Arbeiten, die wir zu erledigen haben, nicht und sie müssen sich eben bis zur Erteilung einer schriftlichen Antwort gedulden.

#### Mitteilung des Bürgermeisters

#### Blumenschmuckaktion; Preisverleihung im Rahmen der Messe „Blühendes Österreich“:

Bgm. Dr. Koits: So wie jedes Jahr gibt es wieder eine Preisverleihung zur Blumenschmuckaktion des Verschönerungsvereins Wels. Diese findet am Samstag, dem 31. März, ab 19.00 Uhr bei der ORF-Bühne in der Messehalle 1 im Zuge der Messe „Blühendes Österreich“ statt. Dazu sind die Mitglieder des Stadtsenates und Gemeinderates sehr herzlich eingeladen.

#### Aktuelle Stunde

Bgm. Dr. Koits: Zur „Aktuellen Stunde“ wurde diesmal kein Themenvorschlag eingebracht.

#### Dringlichkeitsanträge:

Der Bürgermeister stellt fest, dass insgesamt sechs Dringlichkeitsanträge eingelangt sind und nachdem von jedem Antrag eine Kopie an jedes einzelne Mitglied des Gemeinderates überreicht wurde und die Formerfordernisse eingehalten wurden, möchte sich der Bürgermeister, falls dagegen kein Einwand erhoben wird, die Verlesung der einzelnen Anträge ersparen.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion auf Beschlussfassung einer Resolution an die Österr. Bundesregierung zur Änderung der Bundesverfassung betreffend Verbot von Gemeindewachkörpern:

Dem Antrag (Anlage 1) wird ohne Debatte die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der im Stadtsenat vertretenen Gemeinderatsfraktionen betreffend Wettbüros in Wels (Auftrag an die Stadtverwaltung und Resolution an den Oö. Landtag):

Dem Antrag (Anlage 2) wird ohne Debatte die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der im Stadtsenat vertretenen Gemeinderatsfraktionen betreffend Verkauf des ASKÖ-Sportplatzes an die Welser Heimstätte:

Dem Antrag (Anlage 3) wird ohne Debatte die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der im Stadtsenat vertretenen Gemeinderatsfraktionen betreffend Einbringung der Liegenschaft Volksschule 2/Neue Mittelschule 1, Rainerstraße, in die Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG:

Dem Antrag (Anlage 4) wird ohne Debatte die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der im Stadtsenat vertretenen Gemeinderatsfraktionen betreffend Beschlussfassung einer Resolution an die Österr. Bundesregierung zum Stabilitätsgesetz:

Dem Antrag (Anlage 5) wird ohne Debatte die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der im Stadtsenat vertretenen Gemeinderatsfraktionen betreffend Verkauf eines Grundstückes an die WBA und Rückgängigmachung der Vereinbarung über die Auflösung der Wirtschafts- und Ansiedlungsgesellschaft Wels GmbH gemäß § 95 GmbH-Gesetz vom 08.11.2010:

Dem Antrag (Anlage 6) wird ohne Debatte die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Der Bürgermeister stellt abschließend fest, dass alle Dringlichkeitsanträge bzw. die entsprechenden Sachanträge nach Behandlung aller anderen Tagesordnungspunkte am Ende der Sitzung in Verhandlung genommen werden.

Berichterstatter Stadtrat Gerhard Kroiß

1.)

Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels;  
Tätigkeitsbericht 2011  
SB-Fw-9-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 28.02.2012:

1. Der als Anlage 7 beigefügte Jahresbericht 2011 über die Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels wird für ihre Leistungen im Jahre 2011 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

GR. Hacker: Zusammenfassend kann über die Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels und der beiden Berufsfeuerwehren Fritsch und AVE so wie in den Vorjahren nur Bestes gesagt werden. Wir als ÖVP stehen dem Ganzen mit Dankbarkeit und Hochachtung gegenüber. Die bestgeschulten Profis sind Tag und Nacht einsatzbereit und sorgen für Sicherheit in unserer Stadt, egal ob es sich um eine Brandbekämpfung oder um eine technische Hilfeleistung handelt. Die Einsatzkräfte sind praktisch sofort vor Ort, wenn Hilfe benötigt wird.

Wie sie insbesondere dem Tätigkeitsbericht der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels für das Jahr 2011 entnehmen können, ist die Dichte und große Bandbreite der Einsatzszenarien eindrucksvoll vor Augen geführt. Jeder Einsatz ist anders. Die Frauen und Männer wissen nie genau, was sie vor Ort erwartet. Die jeweilige Situation muss rasch erfasst und es muss rasch gehandelt werden, oft unter schwierigsten Bedingungen.

In Zusammenhang mit den Frauen und Männern, die tagtäglich mit ihren Einsätzen unser aller Sicherheit gewährleisten, darf ich jetzt noch Friedrich Schiller zitieren, der einst sagte: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut.“

GR. Ganzert: Die Feuerwehren der Stadt Wels – damit meine ich nicht nur die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels, sondern auch die beiden Betriebsfeuerwehren der Firmen Fritsch und AVE – sind rund um die Uhr für die Stadt Wels im Einsatz, also an 365 Tagen im Jahr, an sieben Tagen die Woche bzw. an 24 Stunden pro Tag.

Wie aus den Tätigkeitsberichten hervorgeht, ist ein sehr hohes technisches Wissen vorhanden, sehr gute Managementqualitäten, hoher körperlicher Einsatz und vor allem auch eine sehr starke soziale Komponente, was man aufgrund des sehr starken Zusammengehörigkeitsgefühls, einer sehr guten Organisation und vor allem auch einer sehr starken Jugendarbeit erkennt.

Es ist der Schutz der Menschenleben gewährleistet, der Sachgüter, der Umwelt und selbstverständlich auch der Tiere.

Für uns, die Sozialdemokratische Partei in Wels, ist die Feuerwehr ein zentrales Element der Sicherheit in einer Stadt dieser Größenordnung. In diesem Sinne darf ich die hier anwesenden Vertreter der Feuerwehr ersuchen, namens der Fraktion der SPÖ die Dankesworte weiterzuleiten. Gleichzeitig wünsche ich ein „Glück auf“ für ein erfolgreiches und unfallfreies Jahr 2012.

GR. Schatzmann: Im Namen der Freiheitlichen Fraktion und im Namen der Bewohner der Stadt Wels möchte ich mich bei den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr und der Betriebsfeuerwehren Fritsch und AVE herzlichst für ihren unermüdlichen Einsatz bedanken.

Im Jahr 2011 kam es zu 2.226 Gesamteinsätzen der Freiwilligen Feuerwehr, zu 10 Einsätzen der AVE-Betriebsfeuerwehr und zu 55 Einsätzen der Betriebsfeuerwehr Fritsch. Es ist nicht selbstverständlich, dass man sich in den Dienst der guten Sache stellt, denn der Einsatz, der hier von den Feuerwehrmännern und von den Feuerwehrfrauen geleistet wird, ist nicht nur anstrengend, sondern zum Großteil auch sehr gefährlich.

Mein Dank gilt aber auch den Angehörigen, die für das Tragen der Risiken und für die vielen abzuleistenden Stunden der Feuerwehrkameraden das entsprechende Verständnis aufbringen.

Ein Dankeschön gilt den Feuerwehren, insbesondere der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels, für die geleistete Jugendarbeit. Für junge Menschen ist es sicher sehr wichtig, schon in sehr frühen Jahren miterleben zu können, was es bedeutet, für die Allgemeinheit einen Dienst zu leisten.

In diesem Sinne möchte ich nochmals den herzlichsten Dank den Feuerwehren, den Frauen und Männern aussprechen und ich wünsche ihnen verletzungs- bzw. unfallfreie kommende Jahre.

GR. Prof. Mag. Teubl: Auch ich möchte im Namen der grünen Fraktion meine Wertschätzung für die unermüdliche Arbeit der Welsener Feuerwehren zum Ausdruck bringen.

Ganz besonders bedanke ich mich bei der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels und bei der Betriebsfeuerwehr Fritsch für die im ganzen Stadtgebiet geleisteten Einsätze.

Etwas befremdet hat mich, offen gestanden, der dritte Tätigkeitsbericht, nämlich jener der Betriebsfeuerwehr AVE. Obwohl dort die wenigsten Einsätze anfielen, ist dieser Bericht am umfangreichsten ausgefallen. So enthält dieser sogar eine ausführliche Dokumentation über den Punschstand. Ich glaube, das wäre nicht unbedingt notwendig gewesen.

Ansonsten sind die Berichte sehr aufschlussreich und es ist sicher gut, dass wir über die Vielfalt der Einsätze, die geleistet wurden, in dieser Weise informiert werden. Und für diese Einsätze sage ich nochmals den herzlichsten Dank.

StR. Kroiß: Ich kann mein Schlusswort kurz halten und darf mich als Feuerwehrreferent parteiübergreifend nochmals herzlich bedanken. Ich ersuche die hier anwesenden Vertreter der Feuerwehr, diesen Dank weiterzugeben.

Der Antrag zu Punkt 1. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

2.)

Betriebsfeuerwehr Fritsch, Wels, Maria-Theresia-Straße 41;  
Tätigkeitsbericht 2011  
SB-Fw-10-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 28.02.2012:

1. Der als Anlage 8 beigefügte Jahresbericht 2011 über die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr Fritsch wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der Betriebsfeuerwehr Fritsch wird für ihre Leistungen im Jahre 2011 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

3.)

Betriebsfeuerwehr AVE, Wels, Mitterhoferstraße 100;  
Tätigkeitsbericht 2011  
SB-Fw-11-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 28.02.2012:



1. Der als Anlage 9 beigefügte Jahresbericht 2011 über die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr AVE wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der Betriebsfeuerwehr AVE wird für ihre Leistungen im Jahre 2011 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

4.)

Zentrale Verkehrslichtsignalanlagensteuerung in der Hauptfeuerwache Wels;  
Installierung einer neuen Kommunikationseinheit (Schaltzentrale);  
Auftragsvergabe  
BZ-VerkR-73-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 24.01.2012:

Die Lieferung und Leistung für die Installierung einer neuen Kommunikationseinheit (Schaltzentrale) als Ersatz für die Zentrale Verkehrslichtsignalanlagensteuerung in der Hauptfeuerwache Wels wird an die Siemens AG, Österreich, Straßenverkehrstechnik, Erdberger Lände 26, 1030 Wien, aufgrund des Angebotes vom 23.11.2011 zum Preis von € 89.426,34 inkl. 20 % MWSt. vergeben.

Einstimmig angenommen.

5.)

Autobahnanschlussstelle A 8, Wels-Wimpassing;  
Beschlussfassung einer Absichtserklärung  
BauD-401-2007

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 28.02.2012:

Der Abschluss der Absichtserklärung (Anlage 10) betreffend den Zuschuss zur Errichtung der Anschlussstelle Wels-Wimpassing an der A 8 Innkreisautobahn in der Höhe von € 3.000.000,-- zwischen der Stadt Wels, Stadtplatz 1, 4600 Wels, und der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft, Rotenturmstraße 5 – 9, 1010 Wien, vertreten durch die ASFINAG Service GmbH, wird genehmigt.

GR. Mag. Lehner: 16 Jahre ist es nun her, dass die ersten Planungen oder Planungsschritte für diese Gegend gesetzt wurden. Es war damals die Errichtung eines BMW-Werkes im Gespräch, das wir aber leider doch nicht nach Wels bekommen haben. Jedenfalls geistert seit damals diese Gegend in unseren Köpfen herum. Wieso ist das so? Unser Industriegebiet im Osten von Wels ist verbaut. Lediglich im Bereich des

Flugplatzes haben sich Betriebsansiedlungsflächen ergeben bzw. eigentlich als nicht gegeben herausgestellt. Es ist aber für die Stadt ein wesentlicher Aspekt, neue Flächen für Betriebe zu schaffen. Seit langer Zeit ist jetzt meines Erachtens wieder diesbezüglich ein Gestaltungswille im Bereich der Stadt erkennbar. Ich sehe dies als sehr positiv an. Es wird jetzt ein Stadtteil oder ein bestimmter Bereich davon durch diese neue Anbindung erschlossen und es können somit neue Betriebsansiedlungen entstehen. Das auch in Kommunikation und in Kooperation mit der westlich gelegenen Gemeinde Gunskirchen. Diese neuen Ansiedlungsflächen sind also wichtig und werden der Stadt neue Impulse geben.

Ein weiterer positiver Aspekt ist jener, dass dieser ominöse Nordring, der seit 25 oder 30 Jahren in den Köpfen unserer Stadtplaner vorhanden ist, nicht mehr benötigt wird, nämlich aufgrund dieser neuen Planung. Dieser Nordring hat schon etliche Referenten beschäftigt. Ich kann mich beispielsweise noch an Dr. Koits als Planungsreferent erinnern, der ebenfalls in dieser Richtung seinerzeit nachdachte, es hat sich aber nichts ergeben. Dann kam Dr. Ganzert, unter dem sich ebenfalls nichts ergab. Und jetzt ist der Kollege Stadtrat Lehner Planungsreferent. Endlich kann nun dieser Nordring ad acta gelegt werden, weil eben die Neuplanung die Situation verbessert und Betriebsansiedlungen ermöglicht.

Ich habe jetzt deswegen diesen Nordring angesprochen, weil er viele Bauvorhaben in diesem Bereich – da geht es besonders um die Neinergutstraße, die Sallerstraße, die Freudstraße – verhindert. Es waren wirklich verschiedene Vorhaben in Planung, die aber nicht umgesetzt werden konnten, und zwar immer unter dem Hinweis auf den Nordring, der noch kommen würde. Es wären auch verschiedene Auflagen wie die Errichtung von Lärmschutzwänden erteilt worden, was natürlich zu erheblichen Verteuerungen geführt hätte und so wurde von diesen Projekten praktisch keines realisiert.

Ich hoffe, dass mit dieser neuen Planung ein neuer Wind hineinkommt, ein neuer Gestaltungswille in unserer Stadt und ich halte diesen heutigen Grundsatzbeschluss bzw. diese Absichtserklärung für eine äußerst wichtige Angelegenheit.

Aber überall, wo Sonne scheint, gibt es auch ein bisschen Schatten. Ich weiß beispielsweise, dass es Anrainer mit Befürchtungen gibt, es werde zu entsprechenden Belastungen für sie kommen. Nun, im Stadtbereich sind gewisse Belastungen leider unumgänglich, aber wir werden von unserer Fraktion her genau darauf achten, dass entsprechende Schallschutzmaßnahmen oder sonstige Maßnahmen ergriffen werden, die geeignet erscheinen, die Belastungen der dortigen Bevölkerung so gering wie möglich zu halten.

Ich ersuche sie alle, dieser Absichtserklärung zuzustimmen, denn mit ihr ist eine sinnvolle und wichtige Entscheidung für unsere Stadt verbunden.

GR. Mag. Humer: Ich darf mich zunächst einmal den Vorrednern anschließen und sagen, dass auch wir von der SPÖ diesem Projekt sehr positiv gegenüberstehen. Wir haben praktisch 16 Jahre lang eine diesbezügliche Diskussion geführt und du, lieber Günter, sagtest bereits, dass diese praktisch mit der damals im Gespräch gestandenen Ansiedlung eines BMW-Werkes begann.

Sehr wesentlich ist nun einmal – so steht es auch im Amtsbericht – dass Großinvestoren das Vorhandensein eines Anschlusses an das höherrangige Straßennetz fordern. Schauen wir einmal zum Gewerbepark in Lindau, nach Eberstolz oder nach Sattledt.

Warum haben diese Gemeinden Betriebsansiedlungen erhalten? Sie können eben einen nahen Autobahnanschluss anbieten. Und wir Welser müssen eben auch sehen, dass wir in einem Wettbewerb mit anderen Gemeinden stehen, wobei wir natürlich froh darüber sein müssen, wenn Betriebe nach Wels kommen, denn diese bringen nun einmal Arbeitsplätze nach Wels. Und so gilt es, rasch in dieser Frage zu handeln.

Auf der anderen Seite – das sagtest du ebenfalls schon – sind die Anrainerinteressen natürlich zu berücksichtigen, nämlich in den straßenrechtlichen Verfahren und wir werden das alle bestimmt sehr genau prüfen. Aber andererseits glaube ich, dass gerade diese Autobahnanschlussstelle in Wimpassing einen Mehrverkehr verhindert. Würde diese Anschlussstelle nicht gebaut, wo käme dann der Schwerverkehr von der Autobahn herunter? Die ganzen LKW könnten doch nur in Wels-West oder in Wels-Nord herunterfahren, um dann durch dichtbebautes Gebiet weiterzufahren. Auch die Praktiker werden uns sagen, dass sich der Schwerverkehr, der ja die größte Belastung für die Menschen darstellt, immer den kürzesten Weg sucht, wenn es darum geht, einen Betrieb, eine Fabrik anzufahren. Und wenn wir diese Abfahrt in Wels-Wimpassing bekommen, werden die LKW's dort herunterfahren, um auf schnellstem oder direktestem Weg zur Fabrik, zum Betrieb zu gelangen.

Und eines ist ebenfalls wichtig. Mit dieser Verbindung zur Vogelweiderstraße haben wir nun – das geht jetzt auch schon ca. 40 Jahre hin und her, wobei ich damals noch ein kleines Kind war, aber von meinem Vater einiges hiezu weiß, der ja seinerzeit für die Stadt Wels die Grundeinlösungen durchführte – endlich die Möglichkeit, den sogenannten Nordring zu schaffen, und zwar dort, wo er hingehört, nämlich außerhalb des Autobahnringes. In Wimpassing wäre dieser Nordring wirklich durch jetzt stark verbautes Gebiet gegangen. Nun wird das anders sein und ich denke, das ist eine gute Lösung.

Wenn wir in die Zukunft denken, werden wir wohl alle zum Ergebnis kommen, dass dieser Autobahnanschluss notwendig ist. Dazu liegt auch eine „Erweiterte Strategische Analyse“ der Zivilingenieure Kleiner und Römer vor, worüber uns der Herr Baudirektor im Ausschuss berichtete. Ich bin der Meinung, dass sich diesbezüglich Fachleute etwas dachten, nämlich dahingehend, dass das notwendig und technisch machbar ist bzw. sehr wohl im öffentlichen Interesse steht.

Abgesehen davon ist es eine große Summe, die wir bei diesem Projekt in die Hand nehmen, wofür auch dem Finanzreferenten der Dank ausgesprochen sein soll. 3 Millionen, das hört sich nicht einmal so groß an, aber in alter Währung sind das immerhin fast 40 Mio. Schilling und die ASFINAG trägt noch einmal diese Summe bei, genauso wie das Land Oberösterreich mit der Erweiterung des Landesstraßennetzes seinen Beitrag leistet. Das ist also viel Geld, aber ich denke mir, es ist notwendig, diese Investitionen zu tätigen, denn Wels braucht diese Flächen für Betriebsansiedlungen. Und nur dort in Richtung Gunskirchen haben wir so große freie Flächen, wobei man auch Bauern braucht, die dazu bereit sind, solche Grundstücksflächen zu verkaufen. Das Ganze setzt also voraus, dass man bei der Umsetzung solcher Pläne jemand hat, der dazu bereit ist, die nötigen Flächen herzugeben. Ich hätte jedenfalls ein großes Problem, würde ich etwa Welser Betriebe, die sich erweitern wollen oder erweitern müssen, plötzlich entlang der West-Autobahn in Sattledt oder Eberstalzell sehen. Wir müssen uns bewusst sein, dass diese Gemeinden auch nicht schlafen und betrachtet man die Grundstückspreise – du, Günter, kommst ja selbst aus der Immobilienbranche und kennst die Verhältnisse – so sind diese ja etwas günstiger als in Wels, das heißt,

wir sind wirklich gehalten, etwas zu tun. In dem Sinn begrüßen wir von der SPÖ-Fraktion diesen Beschluss und stimmen zu.

StR. Lehner: Die Anschlussstelle Wimpassing ist ein wesentlicher Meilenstein in Hinblick auf die Entwicklung von Arbeitsplätzen in unserer Stadt. In Wels haben wir ja zwei wesentliche Standortvorteile. Der erste Vorteil hat mit unserer Verkehrserschließung zu tun, sei es nun mit jener auf der Straße, auf der Schiene oder auch in der Luft mit dem nahegelegenen Flughafen Hörsching. Der zweite Vorteil ist in den Mitarbeitern gegeben, die wir in Wels anbieten können.

In Zusammenhang mit diesem Beschluss, den wir heute fassen, gelingt es, Raum für neue Betriebe zu schaffen, welche diesen Raum dringend benötigen. Wir leiden ja darunter, dass am Flughafen Wels Betriebsansiedlungen kaum möglich sind und umso wichtiger ist es, nun mit einer strategischen Weitsicht und Planung das Gebiet Oberthan entwickeln zu können. Schon allein die Prognostik erzeugt eine Dynamik, wie wir in den letzten Tagen und Wochen gesehen haben. Es kamen bereits die ersten Anfragen von Firmen zu uns, von Firmen, die jetzt merken, dass die Geschichte rund um den Autobahnanschluss keine langanhaltende mehr ist, das heißt, nun werden tatsächlich Umsetzungsschritte beschlossen, womit Betriebsansiedlungen wirklich möglich werden und für uns ist wichtig, dass damit die Schaffung von Arbeitsplätzen verbunden ist. Diese Situation ist also für die Betriebe wichtig, für die Welserinnen und Welser, aber auch beispielsweise für die Anrainer in der Oberfeldstraße, die derzeit einen extrem starken Verkehr vor ihrer Haustüre haben. Es ist also auch für diejenigen wichtig, dass wir auf möglichst kurzen Wegen auf das hochrangige Verkehrsnetz kommen. Ich denke hier beispielsweise an die Firma Prillinger, die schon jahrelang unter den Verhältnissen bzw. unter dem Nadelöhr in Wimpassing leidet. Jetzt ist auch diese Firma in ihrem weiteren Bestand für Wels gesichert und hoffentlich sind das noch etliche andere Firmen.

Weiters denke ich, dass wir zu guten Möglichkeiten kommen werden, entsprechende Lärmschutzmaßnahmen zu setzen. Jedenfalls wollen wir aber erreichen, dass der Verkehr von und zu den Betrieben möglichst kurze Wege vorfindet, damit eben die Belastungen sehr gering gehalten werden können. Für den Wirtschaftsstandort Wels ist diese Nähe zur Autobahn ein ganz wichtiger Schritt, ebenso für das künftige Steueraufkommen in dieser Stadt, das sich aufgrund zusätzlicher Arbeitsplätze bestimmt weiter erhöhen wird.

So gesehen denke ich, dass das für uns alle heute ein Freudentag ist, wenn wir ganz klar zu einer Autobahnanschlussstelle in Wimpassing kommen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Es wird sie nicht überraschen, dass wir GRÜNE anderer Meinung sind, dass wir nicht finden, dass das heute ein Freudentag ist, denn wir finden eben nicht, dass diese Anschlussstelle Wimpassing notwendig erscheint. Warum? Wie sie alle wissen, gibt es in Wels nördlich der Traun inzwischen fünf Autobahn-Anschlussstellen und jetzt sind wir offenbar drauf und dran, die sechste zu bauen. Ich glaube, dass Wels jetzt schon sehr gut mit Autobahnab- und -auffahrten versorgt ist – man könnte schon nahezu von einer Überversorgung sprechen – und somit eine weitere Anschlussstelle absolut nicht notwendig ist.

Wenn heute dieser Beschluss gefällt wird, bauen wir nämlich eine weitere Anschlussstelle, die genau nur einen Kilometer von der Autobahnanschlussstelle Wels-West ent-

fernt ist und nicht einmal einen halben Kilometer weg von der Betriebsabfahrt zur Autobahnmeisterei. Und dafür, dass hier der Weg um ca. einen Kilometer verkürzt wird, verwandeln wir etwa 6 Mio. Euro, die Hälfte davon aus dem Budget der Stadt Wels, in Beton. Das alles in einer Zeit, in der an sich jeder einzelne Euro zwei- oder mehrfach umgedreht wird, in der bei anderen Projekten gespart wird, in der wirklich jede einzelne Position genau angeschaut wird. In solchen Zeiten ist meines Erachtens eine derartige Investition nur gerechtfertigt, wenn sie wirklich notwendig ist. Wozu soll sie denn notwendig sein? Dafür, um die tausend Fans des FC Wels zum neuen Stadion transportieren zu können oder um sich eine um lediglich einen Kilometer längere Fahrt zur Anschlussstelle Wels-West ersparen zu können? Oder soll sie vielleicht geschaffen werden, um den wenigen neuen Wohnhäusern, die dort gebaut werden, die Autobahn direkt in den Vorgarten liefern zu können? All das müsste nicht wirklich sein.

Was wird auf jeden Fall passieren, wenn diese neue Anschlussstelle gebaut wird? Sie wird auf alle Fälle befahren? Wir alle wissen, dass jede neue Straße auch Verkehr schafft, denn logischerweise wird jede Straße genutzt. Und das wird hier ebenfalls stattfinden. Denken wir beispielsweise daran, dass für den aus dem Norden herankommenden Verkehr mit dieser Anschlussstelle eine hervorragende Möglichkeit geschaffen wird, die Stadtteile Vogelweide und Gartenstadt zu erreichen. Schon allein deswegen wird hier Verkehr fließen, und zwar in weiterer Folge über die Albrechtstraße und durch Wohngebiete. Das heißt also, dass Anrainer zusätzlich belastet werden.

Aus der Presse wissen sie, dass sich Anrainer gegen dieses Projekt bereits mobil machten. Sie wissen, dass hier massive Bedenken bezüglich einer weiteren Lärmbelastung bestehen. Wir GRÜNE teilen diese Bedenken und glauben, dass wir das Anrainern ersparen könnten. Und der Stadt Wels könnten wir 3 Millionen, insgesamt der Öffentlichkeit rund 6 bis 7 Millionen Euro ersparen, würden wir auf den Bau dieser Anschlussstelle verzichten und es den neu entstehenden Betrieben zumuten, einen Kilometer bis zur nächsten Anschlussstelle zu fahren.

Deshalb werden wir diesem Projekt nicht zustimmen und somit auch nicht diesem Antrag.

GR. Pernkopf: Ich muss jetzt schon heftig widersprechen. Wenn man sich das Ganze ansieht, muss man sagen, dass aus technischen Gründen der Bau dieser Anschlussstelle eine absolute Notwendigkeit darstellt. Das heißt also, dass wir den Verkehr von den Betroffenen wegbringen. Natürlich muss aber im Bereich der Primelstraße, wo die neue Siedlung vorgesehen ist, auf jeden Fall ein entsprechender Schutz errichtet werden, was ja auch die Absicht der zuständigen Stellen ist.

Hier zu sagen, dass damit automatisch Verkehr angezogen wird, stimmt nicht. Wenn wir schon ein Betriebsbaugelände im Nord-Westen haben wollen – das wollen wir, denn schließlich brauchen wir die Arbeitsplätze – dann macht dieses Wollen auch notwendig, dass wir dort eine Umgehungsstraße bekommen. Und da wird auch der Wall, auf dem sich die Autobahn befindet, einen Schutz abgeben. Und die kurzen Wege, von denen heute schon die Rede war, erscheinen mit diesem Projekt sehr wohl gegeben.

Wir haben jahrelang über diesen Autobahnanschluss diskutiert und als ÖVP kann man nur sagen: Wir sind froh, dass heute dieser Beschluss fallen wird. Die Anrainer müssen wir sowieso schützen. Und möglicherweise müssen wir dann in diesem Autobahngebiet

eine generelle Geschwindigkeitsbeschränkung auf etwa 100 km/h verhängen, damit wir für die jetzt schon dort Lebenden genauso eine Verbesserung erreichen.

StR. Kroiß: Ich danke zuerst einmal für die großteils sehr positiven Wortmeldungen. Die Argumentation des Herrn Mag. Teubl – der Kollege Pernkopf hat das jetzt schon aufzuklären versucht – verstehe ich allerdings nicht. Wenn wir nämlich ein Betriebsbaugelände in Wimpassing schaffen und keine Autobahnab- bzw. -auffahrt errichten, dann ziehen wir doch den Schwerverkehr über Wels-Nord herein, also über die Oberfeldstraße, wo die Anrainer schon jetzt sehr stark belastet sind oder wir ziehen den Verkehr über Wels-West herein und dann wird erst recht über die Albrechtstraße und die Primelstraße gefahren. Also, die Argumentation, dass mit dieser Autobahnanschlussstelle zusätzlicher Verkehr angezogen wird, stimmt mit Sicherheit nicht.

Es ist natürlich klar, dass wir die Anrainerinteressen bestmöglich vertreten werden, das heißt, zum Schutz der Anrainer wird alles Mögliche gemacht.

Bauen wir diese Anschlussstelle bei der Autobahn nicht, dann würde erstens dieses geplante Betriebsbaugelände in Frage gestellt und zweitens würden wir noch mehr Schwerverkehr durch die Wohngebiete ziehen.

Ich bitte also um Zustimmung für das jetzt vorgelegte Projekt.

Der Antrag zu Punkt 5. der Tagesordnung wird mit

29 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Wartinger ist bei der Abstimmung zu Punkt 5. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Hermann Wimmer

6.)

Autobahnanschlussstelle A 8, Wels-Wimpassing;  
Darlehensaufnahme  
FD-Fin-902-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 15.03.2012:

1. Die Finanzierung des Zuschusses der Stadt Wels an die ASFINAG zur Errichtung der Anschlussstelle Wels-Wimpassing an der A 8 Innkreisautobahn mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand in Höhe von maximal € 3,000.000,-- + 10 % Überschreitung der geschätzten Gesamtprojektkosten, d.s. gesamt maximal € 3,300.000,--, mittels Darlehen wird genehmigt.
2. Die Darlehen sind entsprechend dem tatsächlichen zeitlichen Finanzierungserfordernis in Abstimmung mit der Kassenliquidität auf die Jahre verteilt aufzunehmen.
3. Der Finanzreferent wird ermächtigt, nach Angebotseinholung bei den verschiedensten Instituten das jeweilige Darlehen an den jeweilig wirtschaftlichsten Anbieter zu vergeben.

Der Antrag wird mit

29 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Wartinger ist bei der Abstimmung zu Punkt 6. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

7.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Lustbarkeitsabgabeordnung 1983 geändert wird (5. Novelle zur Lustbarkeitsabgabeordnung 1983)  
FD-StV-6-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 15.03.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 11 beigefügte 5. Novelle zur Lustbarkeitsabgabeordnung 1983 beschließen.

GR. Ganzert: Wels muss wieder Kino-Stadt werden. Wir als Stadt Wels sind mittlerweile dabei, praktisch mitten im Stadtzentrum, im umgebauten Medien Kultur Haus, ein Kino zur errichten und mit dem heutigen Beschluss hinsichtlich der Novelle zur Lustbarkeitsabgabeordnung ist der eigentliche Startschuss für ein weiteres Kino in Wels gegeben, nämlich für ein kommerzielles Kino im Westen der Stadt, was von überregionaler Bedeutung ist. Dieses Kino wird an die Autobahn bzw. an das überregionale Straßennetz sehr gut angebunden sein, ich stelle aber trotzdem in den Raum, dass auch über die nötige „öffentliche Anbindung“ zu diskutieren ist, denn derzeit liegt je ein Teil der Betriebszeiten sicher außerhalb jener der Linie Wels, das heißt, es muss für jugendliche Besucher eine entsprechende Erreichbarkeit gegeben sein.

Des weiteren stelle ich in den Raum, dass zusammen mit dem Landesgesetzgeber einmal zu evaluieren wäre, wie aktuell eigentlich noch diese Form der Abgabe ist und wie man eventuell für die Stadt einen Ersatz finden könnte. Eine Stadt wie Wels hat sich aber grundsätzlich ein modernes Kino mit entsprechender Ausstattung und Technik sowie einem aktuellen Spielplan verdient. Das bringt uns nicht nur die vielgepriesene Umwegrentabilität, sondern erspart auch vielen Welserinnen und Welsern die Fahrt nach Linz bzw. nach Pasching.

In diesem Sinne ersuche ich um Beschlussfassung, weil wir sonst auf ein Kino, ein enormes Freizeitangebot, auf Arbeitsplätze und auf zusätzliche Einnahmen für die Stadt Wels verzichten würden.

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Wir können uns der Aussage des Kollegen Ganzert nur anschließen. Das Landesgesetz sieht ja zur Zeit nur Ausnahmen für Sportveranstaltungen und für die Vorführung von Bildstreifen, wie das so schön heißt, vor und es wäre durchaus zu überdenken, ob nicht beispielsweise auch für kulturelle Veranstaltungen ein Verzicht auf die Einhebung einer Lustbarkeitsabgabe – schon dieser Name ist sehr speziell – möglich gemacht werden könnte. Bei einer Änderung des Landesgesetzes erschiene dies durchaus möglich, aber dazu müsste es eben einen Antrag seitens der Stadt oder Gespräche seitens der Stadt mit dem Land geben.

StR. Lehner: Ja, Österreich ist definitiv ein Hochsteuerland und wenn es Möglichkeiten gibt, Betriebsansiedlungen zu erleichtern, indem man als Stadt eine Maßnahme ergreift, dann ist das ein positiver Schritt bzw. eine positive Möglichkeit. Damit wird es aber nicht nur für den künftigen Kinobetreiber den Verzicht auf die Einhebung der Lustbarkeitsabgabe geben, sondern auch für andere Kinobetreiber in Wels.

Es ist sinnvoll, dass wir bei Steuern immer daran denken, wie sinnvoll deren Einhebung überhaupt ist, etwa in Zusammenhang mit dem Verwaltungsaufwand. Wir können aber als Stadt Wels nur in gewissen Bereichen tätig werden und im konkreten Fall bezieht sich dies auf die Einhebung der Lustbarkeitsabgabe. Mit diesem Verzicht ermöglichen wir jedenfalls eine Verwaltungsvereinfachung und darüber hinaus eine Betriebsansiedlung. Aus diesen Gründen ein klares Ja für den Entfall der Lustbarkeitsabgabe für Kinos und für den Betriebsstandort Wels.

StR. Dr. Rabl: Auch die Freiheitliche Fraktion kann sich diesem Antrag nur anschließen. Wenn wir uns heute die Situation in Wels anschauen, so ist wohl eines ganz klar. Wir haben im Osten ein Kino, das etwas veraltet ist; das ist eigentlich höflich ausgedrückt. Die Leute fahren deshalb etwas ungern dort hin und weichen gleich nach Pasching aus. Die besonders interessanten Filme werden ja ohnehin nicht so bald oder zur rechten Zeit in Wels gespielt. Und schon gar nicht schaffen wir es mit diesem Kino im Osten der Stadt, die Leute nach dem Besuch des Kinos im Kino-Center zu halten bzw. dort eine Gastronomie zu etablieren. Die Konsequenz daraus ist jene, dass irgendwelche Automaten herumstehen, die sozusagen vor sich hinfristen. Auch in das Stadtzentrum fährt kaum jemand nach einem Besuch dieses Kinos.

Die Konsequenz daraus ist jene, dass Wels von solch einem Kino nicht profitiert. Und wenn ein Kinobetreiber zu uns, zur Stadt kommt und sagt, dass er zwei alternative Standorte für ein neues Kino hätte, nämlich einerseits Gunskirchen, wo ihm die Lustbarkeitsabgabe erlassen würde und der zweite sei Wels, und wenn er uns fragt, ob wir ihm bei Errichtung eines Kinos in Wels ebenfalls die Lustbarkeitsabgabe erlassen würden,



dann ist für mich völlig klar, dass Wels Position beziehen und ebenfalls bereit sein muss, auf diese Abgabe zu verzichten. Das Wesentliche für mich in dieser Frage ist doch, was eigentlich die Konsequenz wäre, würden wir das nicht tun. Dann hätte Wels als siebtgrößte Stadt, als größte Stadt Österreichs, die nicht Landeshauptstadt ist, wie der Herr Bürgermeister immer zu sagen pflegt, ja außer dem Programm kino gar kein anderes Kino mehr. Und das ist eine Entwicklung, wo ich sagen muss: Da können wir nicht mit!

Wir müssen somit ganz klar sagen, dass Wels ein Kino braucht, nämlich ein kommerzielles Kino, weil der Bedarf aus der Bevölkerung für ein derartiges Kino sehr wohl vorhanden ist. Und wenn man schon diese Erkenntnis gewinnt, dann muss einem diese auch etwas wert sein. Dies noch dazu, wenn der Bau eines derartigen Kinos für Wels gar kein Verlust ist. Abgesehen davon werden beim Bau selbst Welser Unternehmen beschäftigt. Und es werden in weiterer Folge Leute im Kino beschäftigt, wo man sagen muss, dass das der Kommunalsteuer der Stadt Wels zugute kommt. Es wird dort konsumiert und es werden höchstwahrscheinlich die umliegenden Shopping-Center mehr besucht. Und unter Umständen verliert sich auch noch jemand in die Innenstadt, womit dann auch die Wirte dort zufrieden sind.

Summa summarum muss ich demnach sagen: Gut, dass es diese Entscheidung gibt und gut, dass es diese Ausnahme gibt, noch dazu wo diese Ausnahme befristet sein soll. Insofern kann ich nur sagen: Gut, dass das gemacht wird und wir stehen voll zu dieser Entscheidung.

StR. Kroiß: Als Pernauer schmerzt es mich natürlich ein bisschen, dass das in der Pernau ansässige Kino etwas „abgewohnt“ ist und in Wels-West ein völlig neues Kino errichtet wird, nämlich zusammen mit einer entsprechenden Gastronomie. Ich stehe dazu, dass wir Pernauer in den sauren Apfel beißen müssen, wenn dort im Westen etwas völlig Neues gebaut wird.

Der Kollege Ganzert hat die Verkehrsanbindung des neuen Kinos angesprochen und ich darf ihm sagen, dass es diesbezüglich schon Überlegungen gibt. Dies einerseits deshalb, weil die Bewohner von Waidhausen befürchten, durch dieses Kino zusätzlichen Verkehr zu bekommen – es gibt also Überlegungen in Richtung Entlastung dieses Gebietes – und die weitere Überlegung geht eben in Richtung Anbindung an den öffentlichen Verkehr. Wir wissen ja, dass der Linienbus in Wels um 20.30 Uhr zu fahren aufhört, aber dieses Problem hatten wir auch bezüglich des Kinos in der Pernau. Vielleicht werden wir in diesem Bereich beim neuen Kino eine eigene Sammeltaxi-Haltestelle einrichten, damit die Menschen bei Bedarf mit dem Taxi nach Hause fahren können. Um den Beginn eines Films rechtzeitig zu erreichen, sollte es keine Probleme geben, weil ja insgesamt die verschiedenen Betriebe oder Geschäfte unter Tags sehr gut an den öffentlichen Linienbus angeschlossen sind.

Vzbgm. Wimmer: Vielen herzlichen Dank! Es freut mich, dass sich zu diesem doch sehr wichtigen Punkt eine einhellige Zustimmung abzeichnet. Es ist das einer der seltenen Fälle, Herr Bürgermeister, wo ich keinem meiner Vorredner widersprechen kann bzw. kann ich eigentlich nur alles Gesagte unterstreichen.

Ergänzend darf ich aber noch informieren, dass dem Stadtsenat in einer der nächsten Sitzungen eine Vereinbarung mit dem künftigen Kinobetreiber zur Beschlussfassung vorgelegt wird, der uns unter dem Strich in die Lage versetzen wird, einen Verzicht auf

die Lustbarkeitsabgabe gar nicht verkraften zu müssen, weil wir durch diverse Gegenleistungen wertmäßig einen Ausgleich für den Entfall oder den Verzicht auf die Lustbarkeitsabgabe erfahren werden. Wir befinden uns also in einer absoluten Win-win-Situation. Würde hingegen das Kino in Gunkskirchen gebaut, hätten wir von der Kommunalsteuer bis hin zu dieser privatrechtlichen Vereinbarung alles verloren, und das Kino in der Pernau sowieso. Egal nämlich, wo das neue Kino errichtet wird, der Betreiber des Kinos in der Pernau wird dann dieses Kino schließen, weil es sich aus seiner Sicht nicht mehr rechnet. Wir müssen das zur Kenntnis nehmen. Und wie ein Vorredner sagte, hätten wir als siebtgrößte Stadt Österreichs bei Errichtung eines neuen Kinos in Gunkskirchen die fast schon makabre Situation, außer dem Programm kino überhaupt kein Kino mehr in Wels zu haben.

Jedenfalls danke ich für die vorweg erklärten Zustimmungen und ich ersuche jetzt um Abstimmung.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

8.)

Alil und Halima Nadarevic, Wels, Friedhofstraße 43;  
Verkauf einer stadteigenen Wohnung im Objekt Wels, Albert-Schweitzer-Straße 15;  
Vorausverfügung durch den Stadtsenat – nachträgliche Genehmigung  
DI-LV-3-2012

Der Antrag lautet:

An Herrn Alil, geb. 08.02.1958 und Frau Halima Nadarevic, geb. 01.10.1968 (österreichische Staatsbürger), wird die im Eigentum der Stadt Wels befindliche Wohnung Nr. 1 im Haus Wels, Albert-Schweitzer-Straße 15 (Wohnnutzfläche 83,07 m<sup>2</sup>), unter nachstehenden Bedingungen verkauft:

1. Kaufpreis:

1.1. Der Kaufpreis für die Wohnung Nr. 1 in Wels, Albert-Schweitzer-Straße 15, beträgt ..... € 72.000,--

1.2. Die Berichtigung des Kaufpreises erfolgt in der nachstehend angeführten Weise:

a) Ein Barbetrag in Höhe von ..... € 66.814,65

b) Übernahme des aushaftenden Darlehensbetrages wie folgt:

Darlehen Wohnbauförderung ..... per 01.10.2011 ..... € 5.185,35

2. Kosten:

Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren, Abgaben und Steuern gehen zu Lasten der Käufer.

3. Die vom Stadtsenat gemäß § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

9.)

Margot Ursprunger, Wels, Swietenstraße 3;  
Verkauf einer stadt eigenen Wohnung im Objekt Wels, Billrothstraße 113  
DI-LV-5-2012

Der Antrag lautet:

An Frau Margot Ursprunger, geb. 12.05.1941 (österreichische Staatsbürgerin), wird die im Eigentum der Stadt Wels befindliche Wohnung Nr. 2 im Haus Wels, Billrothstraße 113 (Wohnnutzfläche 119,52 m<sup>2</sup>), unter nachstehenden Bedingungen verkauft:

1. Kaufpreis:

1.1. Der Kaufpreis für die Wohnung Nr. 2 in Wels, Billrothstraße 113,  
beträgt ..... € 121.000,00

1.2. Die Berichtigung des Kaufpreises erfolgt in der nachstehend angeführten Weise:

a) Ein Barbetrag in Höhe von ..... € 113.125,83

b) Übernahme des aushaftenden Darlehensbetrages wie folgt:

Darlehen Wohnbauförderung ..... per 01.04.2012 ..... € 7.874,17

2. Kosten:

Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren, Abgaben und Steuern gehen zu Lasten der Käuferin.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

10.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Ermöglichung von Anfragen auch im übertragenen Wirkungsbereich  
(Resolution an den Oö. Landtag)  
DI-Verf-094-2012

Vzbgm. Dr. Wieser: Die Freiheitliche Fraktion hat für diese Sitzung mehrere Punkte zur Aufnahme in die Tagesordnung beantragt, um vielleicht eine Belebung der politischen bzw. der demokratischen Szene in Wels zu erreichen, was die kommunale Arbeit betrifft. Sie finden entsprechende Anträge auch noch unter den Tagesordnungspunkten 13, 14 und 15.

Bei diesem Initiativantrag unter dem 10. Tagesordnungspunkt geht es um die Beschlussfassung einer Resolution an den Oö. Landtag betreffend das Recht der Mitglieder des Gemeinderates, Anfragen an die Mitglieder des Stadtsenates zu stellen. Nach der bisherigen Gesetzeslage, also nach dem Statut für die Stadt Wels aus dem Jahr 1992, ist das nur bei Themen oder Sachfragen möglich, welche den eigenen Wirkungsbereich der Stadt betreffen. Wir meinen jedoch, dass auch Themen aus dem übertragenen Wirkungsbereich geeignet sein könnten, um Auskünfte vom jeweiligen Mitglied des Stadtsenates zu bekommen. Voraussetzung dafür ist aber, dass im Statut verankert wird, dass Gemeinderäte auch im übertragenen Wirkungsbereich Anfragen stellen können.

Der Herr Bürgermeister bekam für die heutige Sitzung eine Anfrage der Frau Gemeinderätin Mayerhofer und er hat nun zwei Monate Zeit, diese Anfrage zu beantworten. Ich denke, dass, auch wenn es sich einmal um eine umfangreichere Anfrage handelt, der Magistratsapparat doch in der Lage sein müsste, in einer kürzeren Zeitspanne solche Anfragen beantworten zu können. Wir schlagen deshalb vor, von einer Zeitspanne im Ausmaß von 2 Monaten auf eine solche im Ausmaß von 3 Wochen herunterzugehen. Und es sollte nicht eine Beantwortung bis zur übernächsten Sitzung hin möglich sein, sondern höchstens bis zur nächsten. Wir glauben, dass dies schon deshalb notwendig erscheint, weil es sich in Zusammenhang mit Anfragen doch zumeist um aktuelle Belange handelt und diese sollten doch in einer kürzeren Zeit zur Beantwortung kommen.

GR. Mag. Mayerhofer: Wir GRÜNE begrüßen den Antrag der Freiheitlichen in Bezug auf die Ausweitung der Informationsrechte der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, ebenso in Hinblick auf die angestrebte Verkürzung der für die Beantwortung zur Verfügung stehenden Zeit. Wir werden daher diesem Antrag zustimmen.

Vzbgm. Wimmer: Bei mir als gelernter Verwaltungsbeamter regt sich ein bisschen der Unmut über einen derartigen Initiativantrag, insbesondere dann, wenn er von einem Juristen gestellt bzw. dargelegt wird und solch ein Antrag an den Landtag gerichtet ist. Ich weiß nicht, was der übertragene Wirkungsbereich vom Land her ausmacht, aber es sind wohl nur ganz wenige Gesetze, die wir handhaben müssen, wozu mir beispiels-

weise das Oö. Wasserleitungsgesetz einfällt. Die überwiegende Zahl von Gesetzen, die wir im übertragenen Wirkungsbereich handhaben müssen, sind jedenfalls solche des Bundes, wobei ja bei uns eine eigene Bezirksverwaltungsbehörde eingerichtet ist. Das heißt also, es müsste für ganz Österreich jede Regel, die das Behördenverfahren betrifft, geändert werden. Es müsste bei der Bewilligung von Anlagen das Verfahren bzw. das Parteiengehör geändert werden, wobei ich allerdings nicht weiß, ob das österreichische Parlament die Bundesverfassung aufgrund eines Wunsches der Welser FPÖ zu ändern gewillt ist; ich bezweifle dies ganz stark.

Also, eine Resolution an den Oö. Landtag ist zum Ersten in der Sache völlig falsch und bringt nichts, weil sie gar nichts bringen kann.

Hinsichtlich der Verkürzung der Fristen sind wir gerne gesprächsbereit und ebenso in Bezug auf die anderen Punkte, die heute noch in Form von Initiativanträgen abgehandelt werden. Aber die Beantwortung von Anfragen zum übertragenen Wirkungsbereich stellt in etwa eine Sache dar, wo der Verkehrsreferent Kroiß den Antrag einbrächte, dass es in Wels möglich sein sollte, bei rot über die Ampeln zu fahren. Auch wenn das der Gemeinderat beschließen würde, erschiene dies als denkunmöglich in der Durchführung.

Ohne den Bürgermeister kritisieren zu wollen – das darf man gar nicht und es würde mir dies obendrein sehr ferne liegen – möchte ich doch grundsätzlich meine Zweifel dahingehend anmerken, ob solch ein Antrag überhaupt auf der Tagesordnung des Gemeinderates zulässig ist, nämlich in Hinblick auf Anfragen zum übertragenen Wirkungsbereich. Etwas anderes ist es sicher bezüglich Verkürzung der für die Beantwortung von Anfragen im eigenen Wirkungsbereich zur Verfügung stehenden Zeit. Darüber kann man diskutieren, aber bei den Angelegenheiten des übertragenen Wirkungsbereiches handelt es sich vorwiegend, vielleicht zu 95 Prozent, um Behördenakte, die bescheidenmäßig zu erledigen sind und wo es ein Parteien-Verfahren oder Verfahren mit ganz wenig Beteiligten gibt; diese sind eben großteils gar nicht öffentlich. Es gibt nur ganz wenige Angelegenheiten im Verordnungsbereich, die beispielsweise in Verkehrsfragen in den Magistrat hereinreichen, aber auch hier bedarf es bundesgesetzlicher Änderungen für ganz Österreich, wenn man das künftig anders abwickeln möchte. Ich glaube also nicht, dass wir in Wels so anmaßend sein und glauben sollten, dass auf unseren Wunsch hin alle Gesetze der Republik, wo es um den übertragenen Wirkungsbereich geht – das sind sehr viele Verwaltungsverfahrensgesetze, in denen für die Stadt Wels eine Ausnahme geschaffen werden müsste – entsprechend diesem Vorschlag zur Auskunftserteilung geändert würden. Die SPÖ-Fraktion wird also diesem Antrag, der ohnehin nicht vollzogen werden kann, nicht zustimmen.

StR. Dr. Rabl: Ich darf jetzt zu diesem Antrag ein paar Erläuterungen bringen, weil ihn der Vizebürgermeister Wimmer offenbar nicht so gut verstanden hat, wie wir das gewünscht hätten.

Mir ist schon klar, dass die SPÖ irgendwo die Kontrolle scheut, noch dazu wenn es einen Bereich betrifft, der ausschließlich von ihnen verwaltet wird. Das kann ich verstehen, es ändert aber nichts daran, dass dieser Antrag trotzdem sinnvoll ist. Er ist deshalb so sinnvoll, weil derzeit praktisch kaum eine Möglichkeit für den Gemeinderat besteht, in den übertragenen Wirkungsbereich hineinzuschauen.

Und für mich ist schon deshalb der Landtag die richtige Ansprechadresse in dieser Frage, weil ja der Landtag bekanntlich für die Regelung des Statutes für die Stadt Wels zuständig ist.

Und so finde ich es ausgezeichnet, dass die Freiheitlichen im Sinne einer Verschweizerung der Kommunalpolitik Anträge stellen und Anregungen einbringen. Dass solche Anträge gleich vorweg einmal in eine Schublade kommen sollten, weil sie von der SPÖ abgelehnt werden, ist für mich nicht nachvollziehbar. Ich bin vielmehr der Ansicht, dass dieser Diskussionsprozess, der hier angestoßen wurde, weitergeführt werden sollte.

Und darüber hinaus bin ich der Meinung, dass es notwendig erscheint, die Politik wieder näher zum Bürger zu bringen. Mit den weiteren heute noch auf der Tagesordnung stehenden Anträgen böte sich also eine wesentliche Möglichkeit, als Politiker mit den Bürgern in Kommunikation zu treten und dafür zu sorgen, dass die Politik wieder bürgernäher wird. Es sind nämlich heutzutage für den Bürger viele Vorgänge in der Politik gar nicht mehr nachvollziehbar bzw. verständlich. Und wenn nicht einmal der Gemeinderat bessere Möglichkeiten haben soll, diverse Vorgänge zu hinterfragen, dann weiß ich nicht, wer überhaupt noch Vorgänge in der Politik hinterfragen darf. Das ist für mich ein wesentlicher Punkt in dieser Diskussion und deshalb kann ich das Verhalten der SPÖ und das negative Votum, das angekündigt wurde, nicht verstehen. Ich muss also zur Kenntnis nehmen, dass eine bevölkerungsnaher Politik, eine Politik mit dem Bürger nicht gewollt wird.

GR. Mag. Humer: Ich darf als Jurist kurz auf die Ausführungen des Herrn Dr. Rabl replizieren.

Im übertragenen Wirkungsbereich gibt es sehr wohl ein Weisungsrecht. Bei mir im Wasserecht gibt es dieses Weisungsrecht des Landeshauptmannes, aber auch in allen anderen vom Bund übertragenen Angelegenheiten gibt es dieses Weisungsrecht. Und dieses Weisungsrecht betrifft eben das Gros aller Arbeiten, die wir im übertragenen Wirkungsbereich erledigen. Und du, lieber Hermann Wimmer, hast das Ganze schon ganz klar zum Ausdruck gebracht, das heißt, wir brauchen hier überhaupt nicht zu polemisieren. Das sind ganz einfach juristische Zusammenhänge oder Vorgaben, die gesetzlich ganz klar verankert sind.

Vzbgm. Wimmer: Nachdem der Dr. Rabl bei meiner Wortmeldung nicht aufpasste, was mich aber eh nicht überrascht – in der Regel widmet er halt meinen Wortmeldungen wenig Aufmerksamkeit, denn sonst würde er doch anders agieren – muss ich noch ein paar Worte anfügen.

Es fasziniert mich wirklich, dass er diesen juristischen Aspekt in seiner Wortmeldung vollkommen vernachlässigte, denn auf der anderen Seite weiß er doch als exzellenter Jurist ganz genau, dass es sich bei dem, was hier die FPÖ beantragt, um einen juristischen Unsinn handelt.

Abgesehen davon weiß ich nicht, wie er dazu kommt, der SPÖ zu unterstellen, sie wäre nicht gesprächsbereit über die Einführung bürgernäherer Verwaltungsformen. Ich habe nämlich einerseits auf die Verkürzung für die Beantwortung von Anfragen, andererseits in Bezug auf die noch zur Behandlung kommenden FPÖ-Initiativanträge erklärt, dass die SPÖ selbstverständlich gesprächsbereit ist. Das möchte ich sehr wohl richtiggestellt

haben. Wir sind selbst daran interessiert, die Politik näher an die Verwaltung heranzubringen, aber was eben zur Zeit nicht möglich ist, kann auch nicht gemacht werden. Ihr seid ja sehr stark im Parlament vertreten und vielleicht gelingt es euch dort, irgendwelche Änderungen zu erreichen. Wenn sich der Bundesgesetzgeber dazu entschließt, in dieser Weise eine Änderung herbeizuführen, sind wir die Letzten, die das ablehnen, aber andererseits meine ich, dass der Gemeinderat der Stadt Wels nicht dazu berufen ist, vom Landeshauptmann etwas in dieser Richtung zu verlangen. Auch der Landtag könnte das für den übertragenen Wirkungsbereich nicht beschließen, weil ja der Landeshauptmann seinerseits wieder Weisungsempfänger der entsprechenden Bundesminister ist. Und das ist eben der Grund dafür, dass wir zu derart sinnlosen und rechtlich nicht begründbaren Initiativanträgen nicht unsere Zustimmung geben.

Vzbgm. Dr. Wieser: Es ist nun einmal so, wenn ein paar Juristen zusammenkommen, dass es sehr oft verschiedene Meinungen zu diversen Themen gibt. Wenn sie hintereinander zu drei Ärzten gehen, wird womöglich auch jeder ein anderes Rezept für sie haben. Hier meine ich allerdings, dass ja gar nichts passieren kann, wenn wir das beschließen. Es handelt sich hier lediglich um eine Resolution bzw. um die Aufforderung an den Landtag, in dieser Thematik tätig zu werden. Und nachdem auch bei der Landesregierung Verfassungsjuristen tätig sind, bin ich mir sicher, dass sich diese unseren Antrag ansehen und uns möglicherweise eine abschlägige Antwort geben würden. Jedenfalls hätten wir aber, wie es scheint, schon einmal eine Einstimmigkeit über die restlichen Punkte und könnten in dieser Richtung weiterfahren. Trotz allem Geplänkel darf ich also um Zustimmung bitten.

Bgm. Dr. Koits: In Hinblick auf die Abstimmung verweise ich darauf, dass hier eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich wäre.

Der Initiativantrag (Anlage 12) wird bei

14 Ja-Stimmen (FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 19 Nein-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Vzbgm. Dr. Wieser verlässt um 16.00 Uhr vorübergehend die Sitzung.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

11.)

Verein „Buch.Zeit“, Wels, Pollheimerstraße 17;  
Durchführung der Lesetopia vom 16. bis 21. April 2012;  
Gewährung einer Subvention an den Verein „Buch.Zeit“  
und Abschluss einer Vereinbarung  
KB-K-50-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss am 15.03.2012:

- a) Dem Verein „Buch.Zeit“ wird die Durchführung der „Lese.Topia 12“ übertragen.
- b) Für die Durchführung wird dem Verein „Buch.Zeit“ eine Gesamtsubvention in Höhe von € 68.000,-- gewährt, davon im Jahr 2012 € 50.000,--, bereits im Jahr 2011 € 18.000,--.
- c) Die Auszahlung des Förderungsbetrages soll im Jahr 2012 zur Gänze nach Beschlussfassung erfolgen.
- d) Mit dem Verein „Buch.Zeit“ wird eine Vereinbarung (Anlage 13) über die Organisation, Durchführung und Betreuung der „Lese.Topia 12“ abgeschlossen.

GR. Zaunmüller: Lesen ist ja angeblich „Abenteuer im Kopf“, aber wenn ich so manchem Pflichtschulabgänger zuhöre, dann ist für mich dieses sinnerfassende Lesen eher etwas Abenteuerliches. Darauf brauchen wir eine Antwort und die bescheidene Antwort, die wir in Wels hierauf geben können, das ist der Verein „Buch.Zeit“ mit der Veranstaltung „Lesetopia“.

Wir haben ja in der letzten Gemeinderatssitzung sehr ausführlich darüber diskutiert, welche Probleme wir bei den Pflichtschulabgängern in Oberösterreich und ganz speziell in Wels haben. Das größte Problem ist anscheinend sehr oft im mangelnden positiven Abschluss der Pflichtschule gegeben und in den eklatanten Leseschwächen. Und der Verein „Buch.Zeit“, den ich an dieser Stelle ausdrücklich loben und bei dem ich mich ausdrücklich bedanken möchte, bietet mit der „Lesetopia 2012“ eine sehr gute Möglichkeit oder Chance, ein wenig zur Verbesserung der Situation beizutragen.

Der Verein „Buch.Zeit“ stellt sozusagen das Lesekompetenzzentrum in Oberösterreich dar, was auch durch die Förderung unterstrichen wird, welche dieser Verein durch Bund und Land erhält.

Was finden wir nun im aktuellen Programm für 2012? Wir finden darin eine Vorlesetour durch die Welser Innenstadt. Das ist nicht nur touristisch gesehen sehr wichtig, sondern bietet auch rund 3.000 Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, daran teilzunehmen. Es werden beispielsweise bei der Minoriten diverse Autoren Vorlesungen halten und es können die Kinder und Jugendlichen teilnehmen.



Aber es hat diese Veranstaltung auch eine Bedeutung über Wels hinaus, nämlich durch den Internet-Schwerpunkt. Damit wird sozusagen ein Zugriff aus ganz Österreich ermöglicht bzw. eigentlich aus der ganzen Welt. Sehr interessant ist übrigens, dass dieser Internet-Schwerpunkt „das magische Buch“ heißt.

Und es wird ein Lesen für Erwachsene geboten. Das heißt also, dass Eltern, Großeltern, Erwachsene zu sogenannten Lesespaten ausgebildet werden.

Was bietet der Verein noch? Es ist wirklich interessant zu hören, dass „Weiterbildung und Ausbildung von Schulbibliothekaren“ geboten wird. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass Fortbildungsseminare in Wels stattfinden, was auch eine gewisse Umwegrentabilität bietet.

Dann wird eine Lesekompetenzsteigerung für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache bezweckt.

Es wird eine große und sehr interessante Bibliothek angeboten, die derzeit in der Anzengruberstraße bei der Firma Nöttling & Fasser disloziert ist.

Ganz besonders erwähnen möchte ich die Herren Pitzer und Lanzinger, denen ein großes Lob ausgesprochen werden soll. Sie kümmern sich in hervorragender Weise um diese Veranstaltung.

Meine Wortmeldung soll auch dazu dienen, ein wenig zu sensibilisieren, damit sie dieses Projekt mittragen und unterstützen.

GR. Josseck-Herdt: Gut Ding braucht Weile! Diese Binsenweisheit fällt mir nicht ein, weil ich an den gestrigen Staffellauf des gerade jetzt abwesenden Herrn Vizebürgermeister denke – außerdem war er gar nicht so langsam und ich stehe nicht an, ihm zur gestrigen Leistung zu gratulieren – sondern ich denke dabei an die Lesetopia. Wie wir nämlich alle wissen, hat die letzte Lesetopia im Jahr 2008 stattgefunden, wobei bis 2008 die Kulturabteilung mit Unterstützung des Vereins „Buch.Zeit“ für die Organisation und Durchführung zuständig war. Die 2010er sollte dann ganz in die Hände dieses Vereins gelegt werden. Von der Stadt wurden dafür 75.000 Euro an Subventionen vorbereitet, nämlich zusätzlich zu den Subventionen des Landes Oberösterreich und des Bildungsministeriums. Aber genau bei der Kulturausschuss-Sitzung, bei welcher das beschlossen werden sollte, nämlich die vollkommene Übertragung an den Verein „Buch.Zeit“, hat uns Herr Lanzinger eröffnet, dass er sich nicht in der Lage sieht, die Lesetopia im Jahr 2010 zu veranstalten. Seine Begründung damals war jene, dass der Bund nur bei entsprechender Präsenz über die Grenzen Oberösterreichs hinaus gewillt zum Fördern sei.

Bis zum Jahr 2008 war die Lesetopia laut Definition der Verantwortlichen – ich zitiere – „das erfolgreichste Kinder- und Jugendbuchfestival im europäischen Raum“. Offensichtlich war es aber zu unbedeutend für die Gewährung von Bundessubventionen. Auf jeden Fall, so die Aussage der Buch.Zeit-Verantwortlichen, könne man nicht für das Jahr 2010 ein neues, entsprechendes Konzept liefern und daher müsse das Festival 2010 ausfallen. Dies war, wie ich deutlich sagen muss, sehr zu meinem Bedauern, noch dazu als auch im Jahr 2011 keine Lesetopia stattfand. Im Jahr 2011 wurden lediglich Vorlaufarbeiten durchgeführt, für welche die Stadt 18.000 Euro entlohnte.

Endlich ist es nun aber doch so weit und genau heute in drei Wochen, in der Zeit vom 16. bis zum 20. April, wird die Lesetopia wieder stattfinden. Wer nun vermutet, es würde sich dabei um ein überregionales, über die Landesgrenzen, womöglich ins Ausland hinausgreifendes Festival handeln, wird allerdings enttäuscht. Ich muss sagen, dass ich, als ich vom neuen Konzept hörte, ebenfalls enttäuscht war, denn ich hoffte immer, dass sich Wels mit der Lesetopia als Lesehauptstadt in ganz Österreich etablieren könnte. Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Es wird laut Programmvorschau ein relativ kleines, aber hoffentlich feines Lesefest werden, bei dem die Welser Schulen auf freiwilliger Basis mitarbeiten können.

Schon seit Februar läuft das vorhin angesprochene Projekt „Leseanimation im Internet“. Das ist quasi ein Wettbewerb mit Siegerehrung in der Lesetopia-Woche. Dabei rechnet man mit 7.000 Teilnehmern.

Es soll, wie der Kollege schon anführte, eine Lesewanderung durch die Innenstadt durchgeführt werden. Hierbei werden Kindern der ersten beiden Schulstufen Geschichten erzählt und für die höheren Schulstufen sollen Workshops abgehalten werden. Dabei will man 3.000 bzw. im anderen Fall 400 Schüler zum Mittun gewinnen.

Auch Eltern und andere Erwachsene werden eingebunden. Einen Krimiabend, auf den ich mich besonders freue, wird es geben und die Präsentation neuester Literatur – Bücher zum Wiederlesen – werden im Programm angekündigt.

Ganz wichtig für mich ist aber der Informationsabend für's Vorlesen. Da sollten Eltern dazu animiert werden, ihren Kindern vorzulesen, denn durch Studien ist erwiesen, dass bei Kindern, denen regelmäßig vorgelesen wird, das Interesse am Lesen besonders geweckt wird. Diese Kinder greifen dann, wenn sie selbst lesen können, begeistert zum Buch und das sinnerfassende Lesen ist für sie daher ein Kinderspiel. Zu dieser Veranstaltung sollen alle Eltern von Kindergartenkindern eingeladen werden. Und darum soll es meiner Meinung nach sowieso bei der Lesetopia in der Hauptsache gehen, denn der Stellenwert von Lesefähigkeit und Leselust bei Kindern muss unbedingt viel stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Und deshalb nehmen wir viel Geld in die Hand.

Die Probleme von Jugendlichen, die keine Lehrstelle finden, weil sie nicht sinnerfassend lesen können, beginnen bereits im Kindergarten und in der Volksschule. Und wenn die sogenannten Risikoschüler keine Arbeit bekommen und sich dann im schlimmsten Fall die Allgemeinheit um sie kümmern muss, kostet das erst so richtig viel Geld.

Deshalb werden wir diesem Tagesordnungspunkt zustimmen und wir hoffen, dass das Ding, das so lang gebraucht hat, nicht nur gut, sondern ausgezeichnet gelingt.

GR. Reindl-Schwaighofer: Knapp 30 Prozent der Erwachsenen lesen regelmäßig Bücher. Eigentlich muss man sagen: Es sind nur 30 Prozent. Wir wissen andererseits, dass Kinder aus Familien, in denen praktisch nicht gelesen wird, in ihrem späteren Leben nicht lesen. Die Lesekompetenz ist aber – das haben meine Vorredner schon angesprochen – eine wichtige, wenn nicht gar die wichtigste Grundlage für die Entfaltung eines Menschen, nämlich der sozialen und der beruflichen Entfaltung sowie Beteiligung.

Das Programm wurde ja schon sehr ausführlich geschildert und ich bedanke mich bei den Akteuren des Vereins „Buch.Zeit“, welche das Lesefest veranstalten, für diese

Initiative. Und ich freue mich wie sie, Frau Gemeinderätin, auf verschiedene Einzelveranstaltungen, welche in diesem Rahmen stattfinden werden. Weiters bin ich davon überzeugt, dass das ein ganz wesentlicher Beitrag für die Lesekompetenz der Schülerinnen und Schüler, der Kinder aus unserer Stadt sein wird.

Hinzufügen möchte ich noch, dass die „Buch.Zeit“ weit über die Lesetopia hinausgehend Initiativen setzt, nämlich im Auftrag des Landes und des Bundes. Es werden Initiativen gesetzt, die bundesweit greifen.

Ich bedanke mich bei den Akteuren – Pitzer und Lanzinger fallen mir ad hoc ein – und ich freue mich schon auf dieses Fest. Und ich denke mir, dass wir ab jetzt wieder alle zwei Jahre dieses Fest in unserer Stadt haben werden, um so einen wichtigen Beitrag im Sinne der Lesekompetenz zu bekommen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Lesen darf keine aussterbende Kulturtechnik werden. Darüber sind wir uns wohl alle einig. Alle Initiativen oder Maßnahmen, die in dieser Richtung eine positive Wirkung zeigen, sind selbstverständlich unterstützenswert. Und so ist natürlich unsere Unterstützung für den Verein „Buch.Zeit“ als Institution und für die Lesetopia als Veranstaltung eine klare Sache.

Ich denke, es gibt kaum etwas Wichtigeres als die Kulturtechnik „Lesen“. Das sinn-erfassende Lesen als Voraussetzung für den Eintritt in den Beruf ist schon in nahezu allen Wirtschaftsbereichen unumstritten. Ich möchte aber auch das literarische Lesen als eine meines Erachtens sehr wichtige Technik in Zusammenhang mit der Lebensbewältigung und persönlichen Entwicklung nicht unerwähnt lassen.

GR. Hoflehner: Ich freue mich! Dies schon einmal deshalb, weil ich Mitglied des Vorstandes des Vereins „Buch.Zeit“ bin, weil ich Mitglied des Gemeinderats dieser Stadt bin und weil ich vermeine, feststellen zu können, dass die Betrachtung der Lesetopia eine sehr positive ist. Dass ich mich diesem Urteil anschließe, ist natürlich klar.

Ich wollte aber doch auf etwas hinweisen, das zuletzt auch der Kollege Teubl erwähnte oder angesprochen hat, nämlich dass das Lesen nicht nur während der Lesetopia ein wichtiges Thema ist. Weil ich jetzt auch noch einen Kollegen von der Feuerwehr hier bei uns sehe, darf ich vergleichend sagen, dass es mit dem Lesen eigentlich auch vom 1. Jänner bis zum 31. Dezember gehen sollte. Und das ist eben der Hintergrund der Bemühungen von „Buch.Zeit“. Veranstaltungen oder Highlights wie die Lesetopia sind natürlich sehr wichtig, aber ich wollte an dieser Stelle sehr wohl betonen, dass die Arbeit auch außerhalb der Lesetopia stattfindet, und das nicht nur für Wels, sondern für ganz Österreich. Ich wollte dies deshalb besonders erwähnen, weil man es vielleicht dort oder da nicht weiß oder nicht so schätzt.

Herr Zaunmüller hat es so schön gesagt: Lesen ist tatsächlich Abenteuer im Kopf. Ich bin ebenfalls Leser und weiß, dass es nicht nur angeblich, sondern tatsächlich ein Abenteuer ist.

Ich glaube, wir dürfen in dieser Stadt ruhig ein bisschen unbescheiden sein und sagen: Ja, wir sind wirklich eine Stadt des Lesens. Ein wichtiger Bestandteil davon – nicht ein einziger, aber ein wichtiger – ist „Buch.Zeit“.

Vzbgm. Eisenrauch: Ich kann nur alle Wortmeldungen unterstreichen. Genau das Gesagte war ja ausschlaggebend für den Verein „Buch.Zeit“ bzw. für die Stadt Wels, eine Umgestaltung der Lesetopia durchzuführen. Heute bringt es sicher sehr wenig – früher war es bestimmt sinnvoll – würden wie seinerzeit 6.000 Kinder durch irgendwelche Messehallen gehen, um zu sehen, welche Bücher es gibt und was man alles heranziehen kann, um das Lesen zu erlernen. Jetzt ist daraus tatsächlich ein Lesefest geworden, bei welchem alle miteinbezogen werden. Es wird vorgelesen und es soll selbst gelesen werden.

Es hat eben etwas länger mit der Neukonzeption gedauert, aber ich glaube, jetzt steht die Lesetopia auf ganz guten Beinen und es wird sie wieder regelmäßig in zweijährigen Intervallen geben.

Bgm. Dr. Koits: Ich kann nur Folgendes sagen. All das, was heute gesagt wurde, kann man nur unterstützen. Solche Veranstaltungen mit einer derartigen Qualität brauchen wir ganz einfach in unserer Stadt.

Der Antrag zu Punkt 11. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Stadträtin Silvia Huber

12.)

Berufsförderungsinstitut OÖ, 4020 Linz, Grillparzerstraße 50;  
Erweiterung der Produktionsschule Wels um eine Schulungsküche;  
Gewährung einer Subvention;  
Vorausverfügung durch den Stadtsenat – nachträgliche Genehmigung  
SO-SHoR-4221-2012

Der Antrag lautet:

1. Dem Berufsförderungsinstitut OÖ, 4020 Linz, Grillparzerstraße 50, wird für die Erweiterung der Produktionsschule Wels und den Küchenumbau eine Subvention von € 80.000,-- für das Jahr 2012 gewährt.
2. Entgegen den haushaltsrechtlichen Festlegungen zum Voranschlag für das Rechnungsjahr 2012 wird die Subvention nicht in mindestens zwei gleichen Teilbeträgen, sondern nach Beschlussfassung ausbezahlt.
3. Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung ist durch Vorlage saldierter Originalrechnungen bzw. -belege in der Höhe des Subventionsbetrages zu erbringen.

4. Die vom Stadtsenat gemäß § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Vzbgm. Dr. Wieser ist ab 16.25 Uhr wieder in der Sitzung anwesend.

Berichterstatter Stadtrat Dr. Andreas Rabl

13.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen des Gemeinderates  
(Resolution an den Oö. Landtag)  
DI-Verf-090-2012

StR. Dr. Rabl: Vielleicht ist es möglich, diesen und die beiden nächstfolgenden Tagesordnungspunkte gemeinsam zu diskutieren, nachdem sie doch in einem unmittelbaren rechtlichen und tatsächlichen Zusammenhang stehen. Diese drei Tagesordnungspunkte haben so wie der Tagesordnungspunkt von Vizebürgermeister Dr. Wieser zuvor den Sinn, die direkte Demokratie in Wels bzw. in der Stadt zu stärken.

Wir glauben – immerhin stehe das so auch in unserer Verfassung – dass das Recht vom Volk ausgeht. Und wenn man das Recht vom Volk ausgehen lässt, reicht es wohl nicht aus, wenn das Volk einmal in sechs Jahren wählt. Vielmehr sollte man bei den wichtigen Entscheidungen das Volk sehr wohl auch im Laufe einer Periode einbinden. Ich glaube insgesamt, dass die direkte Demokratie ein wesentliches Element wäre, um dem Bürger die Politik wieder näherbringen zu können.

Die Mitentscheidung ist ein wesentlicher Punkt einer Demokratie, aber dort hört es nicht auf. Somit geht es eine Spur weiter in der Transparenz, im Sinne der Nachverfolgbarkeit von Entscheidungen und Entscheidungsprozessen und in einem weiteren Schritt endet das Ganze in der Kontrolle. Nur wenn eine demokratische Institution das Recht hat, Entscheidungen auch zu kontrollieren und bei einem Fehlverhalten Konsequenzen zu setzen, leben wir wirklich in einer Demokratie.

Geht man zum ersten Bereich, und wenn man die Mitbestimmung als wesentlichen Faktor der Demokratie sieht, muss man erkennen, dass jedes Thema dafür geeignet ist, das Volk mitentscheiden zu lassen. Auf Gemeindeebene denke ich beispielsweise an das Welios, das – hört man sich heute die Bevölkerung an – höchstwahrscheinlich nicht gekommen wäre, weil sich die Leute sagten, dass das so nicht funktionieren könne. Und das reicht bis hin zur Errichtung des Musiktheaters, für welches auf Landesebene

tatsächlich eine Volksbefragung stattgefunden hat. Es war das eine der ganz wenigen Volksbefragungen überhaupt und es hat dabei das Volk ganz klar entschieden, dass es kein Musiktheater geben soll. Trotzdem wird derzeit in Linz sehr flott an einem neuen Musiktheater gebaut und daran sieht man wiederum, wie wenig sich die Politik tatsächlich um die Meinung des Volkes schert. Und das Ganze reicht bis auf die Bundesebene weiter, etwa bis hin zum EU-Rettungsschirm.

Ich meine daher, dass die politische Meinungsfindung etwas sein sollte, zu dem man gemeinsam mit dem Volk kommt. Man sollte demnach schon darauf hören, was das Volk zu den verschiedensten Themen zum Ausdruck bringt.

Die Demokratie stellt auch ein bisschen die Notwendigkeit dar, andere Meinungen gelten zu lassen und umzusetzen. Wenn wir in einer Demokratie diese Gabe und diese Fähigkeit nicht haben, müssen wir leider erkennen, dass die Demokratie nicht so ausgeprägt ist, wie wir Freiheitliche uns das wünschen.

Sieht man etwas herum und stellt fest, wie in anderen Bundesländern die Demokratie gehandhabt wird, kann man ganz leicht erkennen, dass in sehr vielen Bundesländern die direkte Demokratie schon umgesetzt wurde. Ich denke beispielsweise an das Burgenland, wo ganz klar ist, dass 10 Prozent der Bevölkerung eine Volksbefragung beantragen können. Das gleiche gibt es übrigens in Salzburg und in Tirol. Und ich bin sehr hoffnungsfroh, dass darüber auch ein Nachdenkprozess in Oberösterreich einsetzt. Überlegen sie bitte gemeinsam mit mir, dass es doch eigentlich nicht sein kann, dass der Gemeinderat eine Volksabstimmung oder eine Volksbefragung beschließen muss, denn das bedeutet doch, dass ohnehin mehr als die Hälfte der gewählten Repräsentanten etwas beschließt, von dem offenbar der Gemeinderat selbst schon der Meinung ist, dass das zielführend wäre. Das Recht auf Durchführung einer Volksbefragung oder einer Volksabstimmung sollte daher ein Minderheitsrecht darstellen. Es sollte also für einen gewissen zahlenmäßigen Anteil der Bevölkerung die Möglichkeit für ein Begehren geben, wo der Gemeinderat nicht unbedingt Vertreter eines solchen Begehrens ist oder eine andere Meinung vertritt, das Volk jedoch der Ansicht ist, dass sich der Gemeinderat auf dem falschen Weg befindet.

Nur wenn ich in der Lage bin, selbstkritisch etwas zu beurteilen und zuzugestehen, dass eben das Volk eine Entscheidung durch das gesamte Volk haben will – ich erinnere nochmals an die Verfassung, in welcher es heißt, das Recht geht vom Volk aus – und wenn ich in mein Bewusstsein gehoben habe, dass das Volk über die Politik hinweg beschließen oder über der Politik stehen kann, leben wir in einer direkten Demokratie, so wie wir uns diese wünschen. Wir glauben deshalb, dass die Erleichterung des Zugangs zu einer Volksabstimmung und einer Volksbefragung, so wie das in anderen Bundesländern schon der Fall ist, ein zielführender Gedanke wäre, den man durchaus weiterverfolgen sollte.

Und ich gehe noch einen Schritt weiter, nämlich zur Transparenz. Nur wenn man Entscheidungsprozesse tatsächlich einsehen kann, das heißt, wenn man die Grundlagen der Entscheidung versteht und wenn alle Grundlagen wirklich offengelegt werden, bin ich in der Lage, der Politik in ihrer Entscheidung zu folgen oder im schlechten Fall zu sagen, dass die Politik eine falsche Entscheidung trifft, weil eben die Grundlagen hierfür nicht stimmen. Und über die Grundlagen wird nicht unbedingt hier im Gemeinderat diskutiert, sondern üblicherweise in den Ausschüssen. Es gibt schon Ausschüsse, die

öffentlich sind und ich meine, mit den heutigen technischen Mitteln wäre es ohne weiteres möglich, die Ausschusssitzungen etwa im Internet zu übertragen.

Und sollte es notwendig sein, bei diesen Ausschuss-Sitzungen Vertraulichkeit wahren zu lassen – das kommt immer wieder vor – so wäre es wie im Gemeinderat vorstellbar, denn auch hier kann ein Antrag in der Richtung gestellt werden, dass ein bestimmter Tagesordnungspunkt vertraulich zu behandeln ist. Es wäre also meines Erachtens kein Problem, dies auch für Ausschuss-Sitzungen umzusetzen.

Transparenz ist also etwas Wichtiges. Transparenz bedeutet Öffentlichkeit, Durchschaubarkeit für den Bürger und nur wenn diese tatsächlich umgesetzt wird, ist der nächste Schritt in der demokratischen Entwicklung gegeben.

Und der letzte Schritt beschäftigt sich mit der Kontrolle. Wels hat zwar eine Kontrollstelle, ich glaube jedoch, dass es sinnvoller wäre, fänden die Gemeinderäte schneller und einfacher den Zugang zu dieser Kontrollstelle. Ich glaube, dass die im Statut vorgesehene Hürde, welche vorsieht, dass mindestens ein Drittel der Gemeinderäte eine Kontrolle beantragen kann, zu hoch ist und so meine ich, dass die Kontrollstelle eine höhere Bedeutung bekommen sollte, als sie derzeit hat. Mein Wunsch bestand ja ohnehin darin, die Kontrollstelle zu einem kleinen Rechnungshof in Wels auszubauen, der von sich aus Prüfungen durchführt und Empfehlungen zur Vereinfachung im Sinne des möglichst sparsamen und zweckmäßigen Umgangs mit Steuergeldern, eventuell sogar ausgedehnt auf Unternehmungen, die im Eigentum der Stadt Wels stehen, unterbreiten kann.

Will man also die Möglichkeiten der Kontrollstelle ausweiten, eventuell auch die Möglichkeiten für Gemeinderäte zur Beantragung einer Prüfung, dann wäre das hier der nächste wichtige Schritt für die Umsetzung mehr gelebter Demokratie hier in Wels.

GR. Markus Wiesinger: Auch ich werde mich gleich auf einmal zu den Tagesordnungspunkten 13. bis 15. äußern, weil diese ja zusammenhängen.

Lieber Andreas, ich höre dir ganz genau zu, wenn du etwas sagst und ich möchte dich jetzt sehr wohl berichtigen. Du sagtest nämlich am Beginn deiner Ausführungen – während deiner Rede sagtest du es dann nochmals, und zwar richtig – dass du „glaubst“, das Recht gehe vom Volk aus. Ich möchte schon betonen: Das Recht geht vom Volk aus!

Diese drei Tagesordnungspunkte beschäftigen sich mit einem sehr wichtigen Thema, und zwar mit dem Statut der Stadt Wels. Die Stadt Wels hat lange dafür gekämpft, ein eigenes Statut zu erhalten und die Freiheitlichen machen es sich fast schon zum Hobby, in jeder Gemeinderatssitzung irgendwelche Anträge auf Änderungen des Statutes zu stellen, Anträge dahingehend, Resolutionen an das Land zu richten. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Freiheitlichen! Das Statut ist wichtig, auch wichtig, weil es uns von anderen Städten unterscheidet. Ich denke hier an den eigenen Wirkungsbereich, die Finanzverwaltung etc., das heißt, das Statut gibt uns sehr viele Möglichkeiten. Und ich bin der Meinung, dass der Landesgesetzgeber nicht jedes Monat unser Statut ändern wird, auch wenn wir das hier herinnen so beantragen bzw. beschließen.

Sicher gibt es auch Themen, welche die ÖVP geändert haben möchte. Deshalb bin ich der Meinung, dass über diese Themen unter Einschluss der heutigen Tagesordnungs-

punkte 13. bis 15. in einem Ausschuss diskutiert werden soll. Dort können sich dann alle Parteien einbringen und vielleicht gibt es am Ende des Tages ein gemeinsames Papier, welches an die Oö. Landesregierung zur Übermittlung gelangt und damit wäre es dann auch möglich, das Statut für die Stadt Wels in einem einzigen Akt zu ändern, nicht jährlich, monatlich, täglich.

Es war so viel von Demokratie die Rede. Unter Demokratie verstehe ich das Finden von Mehrheiten und so lade ich alle Parteien ein, sich bei diesem Prozess zu beteiligen. Wie ich schon sagte, hat auch die ÖVP Vorschläge. Wir könnten uns beispielsweise sehr gut vorstellen, dass der Landesrechnungshof gewisse Bereiche in Wels überprüft – das wäre ein unabhängiges Organ – und diesen Vorschlag würden wir selbstverständlich in einem Ausschuss, der sich mit diesen Fragen beschäftigt, einbringen. Ich habe die Absicht, etwas später, nach ein paar Wortmeldungen, einen Geschäftsordnungsantrag auf Verweis an einen Ausschuss einzubringen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Der Kollege Wiesinger hat schon ausgeführt, dass wir uns auch selbst ernst nehmen sollten. Und wir sollten nicht mit einem Stückwerk arbeiten, das heißt, wenn wir schon vorhaben, über bestimmte Punkte zu diskutieren und gewisse Dinge zu ordnen, dann sollte das in einem Guss passieren.

Darum stelle ich jetzt den Antrag zur Geschäftsordnung – nachdem der Berichterstatter gleich zu den Tagesordnungspunkten 13. bis 15. berichtete, stelle ich gleich alle diesbezüglichen Anträge in einem – diese drei Initiativanträge der FPÖ dem Präsidialausschuss zuzuweisen, um dort ausführlich hierüber debattieren zu können.

Bgm. Dr. Koits: Das war also ein Antrag zur Geschäftsordnung und über solche Anträge ist sofort abzustimmen. Ich lasse über die einzelnen Punkte gesondert abstimmen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Reindl-Schwaighofer auf Zuweisung des gst. Initiativantrages (Anlage 14) an den Präsidialausschuss zur weiteren Beratung wird

einstimmig angenommen.

14.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Herabsetzung der Voraussetzung für eine Prüfung durch die Kontrollstelle  
(Resolution an den Oö. Landtag)  
DI-Verf-091-2012

(Debatte bzw. Erläuterung unter Tagesordnungspunkt 13.)

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Reindl-Schwaighofer auf Zuweisung des gst. Initiativantrages (Anlage 15) an den Präsidialausschuss zur weiteren Beratung wird

einstimmig angenommen.



15.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Novelle der Bestimmungen betreffend Volksabstimmung, Volksbefragung  
und Bürgerinitiative im Statut für die Stadt Wels  
(Resolution an den Oö. Landtag)  
DI-Verf-092-2012

(Debatte bzw. Erläuterung unter Tagesordnungspunkt 13.)

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Reindl-Schwaighofer auf Zuweisung des gst. Initiativantrages (Anlage 16) an den Präsidentialausschuss zur weiteren Beratung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

16.)

Tourismusverband Wels, Stadtplatz 44, Wels;  
Gewährung einer Förderung für touristische Maßnahmen und Projekte  
BZ-Pol-90001-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 12.03.2012:

Die Stadt Wels gewährt dem Tourismusverband Wels für das Jahr 2012 eine Förderung in Höhe von € 150.300,- für seitens des Förderungsgebers akzeptierte touristische Maßnahmen und Projekte zu Lasten der VASSt. 1.7710.757100.8.

Die Auszahlung erfolgt in zwei gleichen Teilbeträgen, wobei der erste Teilbetrag umgehend nach Beschlussfassung und der zweite Teilbetrag am 01.08.2012 zur Auszahlung zu bringen ist.

Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung dieser Förderungsmittel ist durch Vorlage des Rechnungsabschlusses 2012 bis spätestens 01.05.2013 zu erbringen.

GR. Manfred Wiesinger: Beim Tourismusverband und beim Stadtmarketing gibt es öfters Aktivitäten, die sich überschneiden. Da wird vom Tourismus her einiges für die Geschäfte der Innenstadt gemacht und umgekehrt macht die Stadtmarketing Gesellschaft einiges, das für den Tourismus wichtig ist.

Wir haben in Wels organisatorisch durch die Neufirmierung der Wels Marketing- und Touristik GmbH das Ganze schon in gewisser Weise zusammengelegt und nach dieser Zusammenlegung stellte sich für mich die Frage, warum es trotzdem noch zwei Strukturen geben müsse. Es gibt nun einmal ein Landesgesetz, das uns irgendwo einen Tourismusverband aufzwingt und daher könnte man sich meines Erachtens auch einmal überlegen, ob es nicht Sinn machen würde, in dieser Richtung so wie in anderen Bereichen einmal eine Resolution an das Land zu verfassen. Vielleicht könnte man sich für Städte, die ein gut funktionierendes Stadtmarketing haben, überlegen, ob es nicht sinnvoll wäre, das Ganze verbands- und vorstandsmäßig auf eine Struktur zusammenzulegen, so wie das eigentlich bei uns schon der Fall ist.

Eine zweite Frage zu diesem Tagesordnungspunkt ist eine, die ich auch schon im Vorjahr bei Behandlung des gleichen Tagesordnungspunktes angeschnitten habe. Animiert durch einen Leserbrief vor ein oder zwei Wochen in einer lokalen Zeitung muss ich wieder darauf hinweisen, dass eine Forderung, die jetzt schon ca. zehn Jahre hindurch immer wieder aufs Tapet kommt, noch nicht umgesetzt ist, obwohl das meines Erachtens eine sehr interessante Geschichte darstellt. Damit meine ich, dass es noch immer keine Abstellplätze für Wohnmobil-Touristen gibt, wobei diese Gruppe von Touristen meiner Ansicht nach nicht zu unterschätzen ist. Mir ist schon klar, dass der Vorsitzende des Tourismusverbandes kein so großes Interesse an einem derartigen Abstellplatz hat, denn er ist ja Hotelier und möchte die Gäste in die Hotelzimmer bringen, aber andererseits muss man schon klar sagen, dass der Tourismusverband nicht nur für die Hoteliers zuständig ist, sondern auch für die Gastronomie und die Handelsbetriebe, die ja ebenfalls Beiträge an den Tourismusverband entrichten.

Ich habe einerseits gute Hoffnung, dass einmal der Referent etwas in dieser Richtung macht, andererseits verweise ich darauf, dass nun auch der Herr Messedirektor im Vorstand des Tourismusverbandes sitzt. Immerhin werden ja zwei Veranstaltungen der Messe Wels von dieser Art des Tourismus berührt, nämlich schon demnächst in Kombination mit der Veranstaltung „Blühendes Österreich“ und im Herbst haben wir in Wels den sogenannten Caravansalon. Lustigerweise funktioniert es dabei mit der Aufstellung der Caravans, das heißt, sowohl Aussteller als auch Besucher finden Plätze für ihre Gefährte vor, aber leider nur in Zusammenhang mit diesen beiden Veranstaltungen.

Nachdem es sich hierbei um ganz wichtige und finanzkräftige Touristen handelt, sollte man meines Erachtens doch einmal einen Ansatz in der Richtung starten, dass durch die Bereitstellung von Abstellplätzen auch diese Touristen nach Wels geholt werden können.

StR. Lehner: Ich danke Manfred Wiesinger einerseits für die Anregung bezüglich der Wohnmobile, wobei ich ebenfalls davon überzeugt bin, dass das ein wichtiges Thema ist. Im letzten Jahr hat es das Bestreben eines privaten Anbieters in dieser Richtung gegeben, dieses ist allerdings gescheitert. Man sollte vielleicht gemeinsam versuchen, weitere Möglichkeiten zu sondieren. Das Thema ist grundsätzlich wichtig und meines Erachtens könnte das auch eine Touristengruppe sein, die für das Welios interessant ist. Wels liegt verkehrsmäßig sehr günstig und da spielt auch der Campingtourismus eine wichtige Rolle. Deshalb greife ich diese Anregung sehr gerne auf.

Zum zweiten Punkt, also der Fusion des Welser Tourismusverbandes mit der Wels Marketing- und Touristik GmbH, hast du eigentlich schon das Richtige gesagt. Es gibt

klare gesetzliche Regelungen, das heißt, das Bestehen eines Tourismusverbandes ist uns vom Landesgesetz her vorgeschrieben, wobei ich meine, dass durch das ehrenamtliche Engagement im Tourismusverband extra noch sehr viel bewerkstelligt werden kann.

Was wir auf Stadtebene erledigen konnten, ist geschehen. Wir haben eine gemeinsame Geschäftsführung, ein gemeinsames Büro und wir haben sämtliche Synergien, die es zu nutzen gilt, genutzt, womit ich meine, dass hier sehr wohl die Effizienz voll eingesetzt ist. Weitere Schritte liegen nicht mehr bei uns. Ich bin aber schon überzeugt davon, dass das breite und spezielle Wissen der im Tourismusverband Tätigen dort sehr gut aufgehoben ist. Es werden immer wieder sehr interessante Impulse gesetzt und es wird dort sehr gute Arbeit geleistet. Das zeigen auch jene Aktivitäten, die wir heute fördern.

Der Antrag zu Punkt 16. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

17.)

Tourismusverband Wels, Stadtplatz 44, Wels;  
Gewährung eines Zuschusses für projektbezogene Maßnahmen (Welios)  
BZ-Pol-90003-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 12.03.2012:

Die Stadt Wels gewährt dem Tourismusverband Wels für das Jahr 2012 eine Förderung in Höhe von € 100.000,- als Zuschuss zu den Kosten für Marketing und Vertrieb des Welios zu Lasten der VASSt. 1.7710.757300.4.

Der Gesamtbetrag ist umgehend nach Beschlussfassung zur Auszahlung zu bringen.

Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung dieser Förderungsmittel ist durch Vorlage des Rechnungsabschlusses 2012 bis spätestens 01.05.2013 zu erbringen.

Einstimmig angenommen.

18.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 150) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 115)  
BZ-BauR-5015-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 12.03.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 17 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (150. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (115. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

19.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 703/A.1 (Stadtteil: Waidhausen)  
BZ-BauR-6019-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 12.03.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 18 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 703/A.1 (Stadtteil: Waidhausen) beschließen.

GR. Mag. Lehner: Bebauungspläne sind hier im Gemeinderat nicht sehr oft Gegenstand von Diskussionen, aber ich möchte heute doch einmal solch einen Bebauungsplan zur Sprache bringen. Heute wird nämlich ein wichtiger Beschluss insofern gefasst, als vor drei bis vier Monaten in Wels ein Workshop stattfand, nämlich über flächen- und energiesparendes bzw. ökologisches Bauen: Output dieses Workshops war jener, dass die Parzellengröße im verdichteten Flachbau, welche früher bei 350 bis 400 Quadratmeter lag, eine Reduzierung erfahren hat. Sieht man im Amtsbericht nach, so steht dort, dass nunmehr die jeweils den Wohneinheiten zugeordnete Gartenfläche mindestens 100 m<sup>2</sup> beträgt. Findet eine zweigeschossige Verbauung statt, dann braucht man noch 50 m<sup>2</sup> zusätzlich für das Gebäude. Man käme daher mit 150 m<sup>2</sup> beim verdichteten Flachbau aus. Und dies entspricht auch den Finanzierungsmöglichkeiten unserer Welser Bürgerinnen und Bürger. Insgesamt bringt das eine enorme Einsparung, wenn man sich vorstellt, dass pro Wohneinheit 200 bis 250 Quadratmeter eingespart werden können. Die Leute müssen also nicht mehr so viel für ein Reihenhaus oder ein Doppelhaus zahlen und es lässt sich das auch zeitlich umlegen. Es würde dies bedeuten, dass um drei bis vier Jahre weniger lang zurückgezahlt werden muss, nämlich von jenen Personen, die sich hier ein Eigenheim schaffen.

In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, dass wir damit wahrscheinlich doch gewisse Bevölkerungsteile, die sich ein Eigenheim schaffen wollen, davon abhalten können, von Wels irgendwohin abzuwandern in eine Umlandgemeinde. Und ich meine, dass gerade dieses Projekt auch aufgrund seiner Lage ein Vorzeigeprojekt bzw. ein wegweisendes Projekt sein wird. Jedenfalls hoffe ich, dass nach diesem Workshop und den eingeleiteten Schritten doch mehr Leute in Wels gehalten werden können.

StR. Lehner: Ich danke Günter Lehner für das Lob, das er allen Mitarbeitern der Bau-  
direktion für die Adaptierung dieser Richtlinien gegeben hat und auch sonst allen, die  
daran mitgearbeitet haben. Ich denke, wir haben im Bereich des Wohnbaus und der  
Wohnlandentwicklung einen wichtigen Schritt für die Stadt Wels gesetzt und man sieht  
schon bei den aktuellen Projekten, dass das produzierte Papier nicht einfach in einer

Schublade verschwindet. Es handelt sich zwar nicht um verbindliche Richtlinien, aber doch um solche, die immer wieder zur Hand genommen werden, um für die Bevölkerung in optimaler Weise Bauland zu entwickeln. Das ist für die Zukunft wichtig und ich meine, das kann auch hier in Wels in dieser wunderschönen Lage passieren.

Der Antrag zu Punkt 19. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Gemeinderätin Dipl.- Ing. Renate Leitinger

20.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Aufstockung der Mittel für die Umsetzung der Innenstadtagenda 21  
(Prozesse Gaspark und Schwimmschulpark/Pollheimerpark)  
DI-Verf-093-2012

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Die GRÜNEN stellten den Antrag, dass für die Umsetzung der Projekte „Gaspark neu“ sowie „Schwimmschulpark/Pollheimerpark“ die Mittel auf 1 Mio. Euro aufzustocken sind. Warum stellten wir diesen Antrag?

Im Frühjahr 2010 wurde in Wels das Bürgerbeteiligungsprojekt „Welser Innenstadtagenda“ gestartet. Darin eingeschlossen waren dann die Projekte „Gaspark neu“ und „Schwimmschulpark/Pollheimerpark“. Für den Gaspark erfolgte eine Planung zur Neugestaltung durch Experten unter Einbindung der Agenda-21-Gruppe und weiterer interessierter oder betroffener Personen. Der Park könnte mit dieser Neugestaltung als Veranstaltungsort und Treffpunkt für alle Generationen genutzt werden. Bei der Neukonzeption wurden außerdem die unterschiedlichen Bedürfnisse und die gegenseitige Verträglichkeit der verschiedenen Zielgruppen besonders berücksichtigt. Ein Hauptaugenmerk in der Planung lag in einem durchdachten Angebot für die Mehrfachnutzung.

Hervorzuheben ist, dass der Gaspark für Familien, Kinder, Jugendliche, PensionistInnen das bedeutendste Angebot in der dicht verbauten Innenstadt ist. Somit ist hier die Chance gegeben, die Lebensqualität der BewohnerInnen nachhaltig zu verbessern.

Mit dem Projekt „Schwimmschulpark/Pollheimerpark“ soll eine grüne Achse zwischen den zentralen Plätzen der Stadt entstehen. Damit verbunden werden die BürgerInnen eingeladen, wieder mehr zu Fuß zu gehen bzw. das Rad zu benutzen.

Für den Pollheimerpark sollen neue Nutzungsmöglichkeiten als Aufenthalts- und Veranstaltungsort geschaffen werden. Der Park wird zwar im Rahmen der Welser Weih-

nachtswelt sehr stark genutzt, aber den Rest des Jahres über kaum. Entstehen sollen Ruhepole, Treffpunkte, Sitzmöglichkeiten, betretbare Spielflächen, auch eine Bühne, damit verschiedene Vereine den Park für Veranstaltungen nutzen können. Der erste städtische Park in Wels würde damit eine Renaissance und Neuinterpretationen erfahren.

Diese beiden Projekte sind aus unserer Sicht richtungweisend für die Gestaltung der Welser Erholungs- und Grünräume. Die Stadt Wels hat im Frühjahr 2010 die Welser Bürgerinnen und Bürger eingeladen, ausdrücklich eingeladen, sich an einem Bürgerbeteiligungsprozess zu beteiligen. Diese haben ihre Freizeit, ihre Ideen und ihre Tatkraft investiert, um gute Projekte auszuarbeiten und hier handelt es sich eben um solche Projekte. Es sind sehr gute Projekte geworden, innovative Projekte, die eine echte Bereicherung für die Stadt brächten und sie würden die Lebensqualität in der Welser Innenstadt deutlich erhöhen.

Dazu kommt noch, dass von der Stadt und vom Land Oberösterreich Steuermittel für die Prozessbegleitung und Ausarbeitung eingesetzt wurden, dann haben wir aber die Situation, dass im Budget der Stadt Wels für 2012 ein Gesamtansatz von lächerlichen 250.000 Euro für den Agenda-21-Prozess insgesamt vorgesehen ist. Davon bleiben nicht einmal 150.000 Euro für die Umsetzung dieser beiden Projekte übrig. Das ist aber zu wenig! Damit können diese beiden Projekte nicht umgesetzt werden bzw. würde sich die Umsetzung jahrelang verzögern.

Somit stellt sich die Frage, was mit diesem Bürgerbeteiligungsprozess wirklich bezweckt wurde. War das ein Beschäftigungsprogramm für die Welserinnen und Welser, damit diesen abends vor dem Fernseher nicht fad wird? Sollte es nicht eigentlich im Interesse der Stadt sein, diese Projekte Zug um Zug oder so rasch wie möglich umzusetzen, nahe an der Planung, damit sich die Bürgerinnen und Bürger wieder von der Politik ernstgenommen fühlen? Wir denken: Ja!

Die Welser GRÜNEN ersuchen daher die anderen Parteien, dem Antrag auf Erhöhung der Mittel zuzustimmen, wenn die Identifikation der BürgerInnen mit der Stadt wirklich gewünscht wird. Wir nehmen an, das ist so und dann muss die Stadt auch die Mittel bereitstellen, damit die in zwei Jahren ehrenamtlich erarbeiteten wirklich tollen Projekte – man kann sie nicht anders bezeichnen – Realität werden können. Wir ersuchen daher, diesem Antrag auf Erhöhung der Mittel zuzustimmen.

Vzbgm. Dr. Wieser: Ich möchte mich zu diesem Antrag deshalb zu Wort melden, weil ich ja in gewisser Weise involviert bin, nämlich über die Stadtgärtnerei und weil in meiner Kompetenz die teilweise Umsetzung verschiedener Projekte liegt.

Richtig ist, dass dieser Prozess im Rahmen der Agenda 21 tatsächlich einige Bürger ermunterte, Vorschläge an die Stadt Wels heranzutragen. Das eine oder andere ist ja geglückt bzw. gelungen.

Was mich von Anfang an bei dieser Vorgangsweise etwas gestört hat, war der komplizierte Ablauf. Die Informationsveranstaltung verlief so, dass man nach einer Stunde noch nicht richtig merkte, was das Ganze überhaupt soll. Ich selbst war dann bei sehr vielen Sitzungen dabei und muss sagen, dass am Ende der Prozessdarstellungen immer stand: „Nach Möglichkeit“ und „je nach Zuständigkeit des Gemeinderates oder Stadtsenates“. Es war somit ganz klar, dass wir von der Politik die letzte Verantwortung

haben würden, also darüber, was wir uns leisten können bzw. was wir umsetzen möchten. Leider Gottes wurde aber scheinbar von verschiedenen Seiten suggeriert, dass all das, was sich die Leute einfallen lassen, in dieser Form letztlich umgesetzt wird.

Und es war eigentlich überraschend, dass man einen Gartenplaner eingeladen hat, der ein Projekt für den Gaspark vorlegte, das in seiner Umsetzung fast eine Million Aufwand bedeutete. Auf der anderen Seite müssen wir nämlich sehr sparsam mit den Geldern umgehen, damit wir über die Runden kommen bzw. müssen wir sogar Sparmaßnahmen beschließen. Die Sache war somit derart überzogen, dass von Haus aus klar war, dass es so nicht kommen kann. Zu allem Überfluss soll auch noch mitten im Gaspark ein riesiger Strommast aufgestellt werden, so nach dem Muster des Eiffelturms. Das wären dann so nebenbei 100.000 Euro, aber so geht das nicht, so läuft das nicht.

Die Beteiligung an diesem Agenda-21-Prozess war sicher kein Beschäftigungsprogramm für Fernseher. Am Zwinger wurden sehr schöne Liegen aufgestellt – im Sommer kann man sich dort hinlegen – und an der Traun wurde ausgeholt. Es wurden viele Flächen zugänglich gemacht. Das waren nette Vorschläge und dieser Vorschläge haben wir uns angenommen; das war in dieser Weise auch finanzierbar. Aber von einer Bühne im Gaspark habe ich bislang überhaupt nichts gehört.

Wir haben uns vor ein paar Wochen zusammengesetzt – der Kollege Lehner, Vertreter der Stadtgärtnerei und der Stadtplanung sowie meine Person – um uns den Plan nochmals anzusehen. Ich kann ihnen sagen, dass er in der Zwischenzeit etwas abgeändert wurde, nämlich in eine Form, die es uns erlaubt, mit Hilfe der EWW AG und der Wels Strom GmbH das abgeänderte Projekt anzugehen. Schlussendlich werden wir von diesen 250.000 Euro, die für heuer vorgesehen sind, 150.000 Euro der Stadtgärtnerei zuweisen, die dann mit der Neugestaltung bzw. Neubepflanzung beauftragt wird. Dieser Plan ist in Ordnung und ich denke, dass bei entsprechender Umsetzung der Gaspark sozusagen erfrischt werden kann. Wir werden einen neuen und einladenden Zugang bekommen und der Gaspark wird für die dort bestehenden Bedürfnisse meines Erachtens ausreichen. Dort können die Kinder spielen, die alten Leute können sich hinsetzen bzw. kann dort das eine oder andere geschehen.

Der Ablauf ist folgendermaßen vorgesehen. Heuer soll die Gestaltung des Gasparks vorgenommen werden. Beim Pollheimerpark werden wir auf Wunsch des betreuenden Vereins vorerst nur eine Versetzung eines Denkmals in den Friedhof durchführen. Das möchte der Verein so haben, damit die Pflege und Aufstellungssicherheit auch für die nächsten Jahrzehnte gewahrt ist. Auf der anderen Seite bekommen wir aufgrund dieser Versetzung Platz im Pollheimerpark, den wir für andere Zwecke nützen können.

Die Planung für den Pollheimerpark wird im Wesentlichen in Verknüpfung mit den Bedürfnissen des Stadtmarketings abgewickelt. Wie sie wissen, haben wir dort seit Jahrzehnten einen Christkindmarkt, welcher sehr gut besucht ist und der bereits eine neue Form erhielt. Dieser Markt wurde somit attraktiver gestaltet und es trägt insgesamt dieses Dreieck – ich meine den Stadtplatz, den Pollheimerpark und den Weihnachtsmarkt beim Gösner – sehr viel dazu bei, dass in der Adventzeit sehr viele Leute nach Wels kommen, um beispielsweise auch ihre Weihnachtseinkäufe hier zu tätigen.

In der Reihenfolge ist somit vorgesehen, den Gaspark zuerst neu zu gestalten und dann den Pollheimerpark. In der Folge käme vielleicht auch das an die Reihe, was sie

Schwimmschulpark nennen, was aber in dieser Form gar nicht existiert. Sie meinen also diese Grünfläche zwischen der Fabrikstraße und dem Mühlbach, die wir auch etwas netter und einladender gestalten werden.

Ansonsten finde ich, dass das anscheinend sehr überzogene Planungen und Vorstellungen sind. Es wäre besser, sie würden diesen Menschen, die sie offenbar alle kennen oder mit denen sie gut bekannt sind, sagen, dass in dieser überzogenen Form keine Gelder zur Umsetzung zur Verfügung stehen. Wir müssen also aus dem, was wir haben – was uns der Finanzreferent oder der Gemeinderat in seiner Budgetsitzung zubilligte – das Bestmögliche machen.

Und so darf ich jetzt noch den Geschäftsordnungsantrag stellen, dass dieser Initiativantrag dem Planungsausschuss zur weiteren Beratung zugewiesen werden möge.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke Herrn Dr. Wieser für seine Ausführungen, möchte aber schon noch darauf hinweisen, dass derartige Debattenbeiträge vor dem Stellen eines Geschäftsordnungsantrages eigentlich nicht zulässig sind. Normalerweise gibt es einen Antrag zur Geschäftsordnung ohne vorherigen Debattenbeitrag des Antragstellers.

Ich weiß, dass auch schon andere dieses Recht in dieser Weise für sich in Anspruch genommen haben und ich möchte meine Worte nicht als Vorwurf gegenüber Herrn Dr. Wieser aufgefasst haben, sondern als Klarstellung für alle.

Im Übrigen ist jetzt über diesen Geschäftsordnungsantrag sofort abzustimmen.

Der Geschäftsordnungsantrag von Vzbgm. Dr. Wieser auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 19) an den Planungsausschuss zur weiteren Beratung wird mit

27 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
bei 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Kirchmayr, GR. Manfred Wiesinger und GR. LAbg. Dr. Csar sind bei der Abstimmung über o.a. Geschäftsordnungsantrag nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits: Ich darf somit feststellen, dass dieser Initiativantrag dem zuständigen Planungsausschuss für Agenda-21-Angelegenheiten zugewiesen wurde und für heute dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen ist. Ich danke für die Berichterstattung.

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Herr Bürgermeister, darf ich noch kurz zwei Sätze anmerken?

Bgm. Dr. Koits: Nein! Seien sie mir bitte nicht böse, aber dann beginnen wir wahrscheinlich erst wieder mit der Debatte.



Berichterstatter Gemeinderat Prof. Mag. Walter Teubl

21.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Beschlussfassung einer Resolution zur Erhaltung der Almtalbahn  
DI-Verf-088-2012

GR. Prof. Mag. Teubl: Verkehrsministerin Doris Bures hat uns vor einigen Wochen mit der Meldung überrascht, dass sie demnächst aus Einsparungsgründen, wie sie sich ausdrückte, rund 200 Kilometer Schienen von Regionalbahnen an das Land Oberösterreich zu übergeben wünscht. Das betrifft die Mühlkreisbahn, die Hausruckbahn, die Schärdinger Bahn und auch die Almtalbahn, die ihren Ausgangspunkt in Wels hat.

Die Verkehrsministerin sprach in diesem Zusammenhang von Tourismus- und Nostalgiebahnen, was für mich zeigt, dass sie von diesen Strecken keine Ahnung hat, dass sie hier noch nie gefahren ist und dass sie die regionalen Verhältnisse tatsächlich nicht kennt.

Der Wunsch, diese Bahnen loszuwerden, sie zu verändern, sie aus dem Budget des Bundes bzw. der ÖBB auszugliedern, zeigt aber auch, dass die Frau Verkehrsministerin eine andere Vorstellung von Verkehrspolitik hat als wir. Ich glaube, dass das der falsche Schritt ist. In einer Zeit, in welcher der Benzinpreis von Woche zu Woche in die Höhe klettert, in der es darum gehen muss, einen Paradigmenwechsel in der Verkehrspolitik zu betreiben und in der versucht werden müsste, den motorisierten Individualverkehr, so weit es nur irgendwie geht, auf die Schiene oder grundsätzlich hin zu den öffentlichen Verkehrsmitteln zu verlagern, ist es meines Erachtens ein falsches Signal, Bahnlinien aufzulösen.

Zur Almtalbahn selbst ein paar Bemerkungen. Diese ist mit Sicherheit keine Nostalgie- oder Tourismusbahn. Sie stellt vielmehr ein Stück Mobilitätsgrundversorgung für eine Menge Menschen, die entlang dieser Strecke wohnen und zum Teil in Wels oder vielleicht auch in Linz bzw. im Zentralraum arbeiten, dar. 1.200 Passagiere zählt diese Bahn täglich. Die meisten davon sind eben Pendler in Richtung Wels oder auch Linz. Und diese 1.200 Passagiere könnten mit Leichtigkeit verdoppelt werden, würde auch nur die eine oder andere Attraktivierungsmaßnahme erfolgen.

17 Gemeinden sind entlang der Almtalbahn-Strecke situiert und die haben zusammen 100.000 Bewohner. Das Einzugsgebiet für diese Bahn ist somit durchaus beeindruckend.

Aber auch innerstädtisch ist inzwischen die Almtalbahn für Wels nicht mehr so unwichtig bzw. wurde sie zu einem nicht unwichtigen Verkehrsmittel. So fungiert sie in Messezeiten als leistungsstarker Zubringer zum Messegelände und sie ist das einzige öffentliche Verkehrsmittel, das als Zubringer zum Welios anzusehen ist. Und schließlich ist sie für die Welserinnen und Welser natürlich interessant für den Ausflugsverkehr Richtung Grünau bzw. Richtung Almtal. Sie ist interessant als Zubringer in eine Tourismusregion erster Güte, in welcher mit dem Kasberg, dem Almsee, dem Wander-

gebiet in der Gegend des Priels, mit dem Tierpark eine Menge von Zielen auf die Menschen warten. Und so halte ich auch aus dieser Sicht eine Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln von Wels aus für sehr erstrebenswert.

Natürlich befindet sich die Almtalbahn in einem sehr schlechten Zustand. Das ist aber kein Wunder, denn die ÖBB haben in den letzten 20 Jahren in diese Strecke tatsächlich nichts investiert. Sie haben nur dort etwas getan, wo dies aus einer Betriebsnotwendigkeit heraus unbedingt notwendig war, das heißt, es musste dort oder da unbedingt investiert werden, um die Sicherheit nicht zu gefährden.

Alles andere ist aber unterblieben und jetzt soll, obwohl noch ein gültiger Verkehrsdiensvertrag bis 2017 besteht, diese Bahnstrecke an das Land Oberösterreich übergeben werden. Wir sind nicht grundsätzlich dagegen, aber wenn es schon so sein soll, dann sind wir dafür, dass es in einer Art und Weise geschieht, dass die Erhaltung dieser Strecke tatsächlich gewährleistet ist. Und das ist meines Erachtens nur gewährleistet, wenn damit verbunden ist, dass die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte aufgeholt werden und eine Attraktivierung der Strecke erfolgt.

Umfragen unter den Passagieren haben ergeben, dass die Zufriedenheit mit dem Zustand der Strecke und des Wagenmaterials nicht allzu groß ist. Es gibt Langsamfahrstellen auf mehr als drei Kilometern und es gibt auf einer Länge von insgesamt 20 Kilometern sanierungsbedürftige Gleisanlagen. Es gibt teilweise veraltete Bahnhöfe bzw. Haltestellen, die zum Teil nicht einmal über einen Witterungsschutz verfügen. Es gibt keine Fahrgastinformation über die tatsächliche Ankunftszeit der Züge und, und, und. Man könnte fast stundenlang die Versäumnisse der letzten Jahre und Jahrzehnte aufzählen.

Somit wird es notwendig sein zu investieren und wir wissen, in welcher Größenordnung diese Investitionen notwendig erscheinen. Als Minimum kann man von 40 Mio. Euro ausgehen. Wenn man von einer besonderen Attraktivität sprechen möchte, dann müsste es noch etwas mehr sein bzw. müssten die Investitionen wahrscheinlich in Richtung 70 Mio. Euro gehen. Und da stellt sich natürlich die Frage, wer das bezahlen soll. Soll das noch die ÖBB zahlen, um dann – wenn sie diese schon loswerden will – die Strecke in einem Zustand zu übergeben, bei welchem man von einem tatsächlich funktionsfähigen Zustand sprechen kann und der wirklich ein Teil des Grundgerüsts der oberösterreichischen Schieneninfrastruktur darstellt. Oder wer sonst soll dafür aufkommen?

Im Moment sollte uns aber diese Kostentragungsfrage egal sein bzw. wäre vorerst einmal wichtig, dass wir als Welser Gemeinderat unser Interesse in der Form dokumentieren, dass wir ein Interesse daran haben, dass diese Strecke bestehen bleibt und dass wir an beide Verhandlungspartner appellieren, diese Übergabe – sollte es tatsächlich dazu kommen – in einer Art und Weise vorzunehmen, die dazu geeignet ist, diese Strecke zu erhalten.

Aus der Befragung der Passagiere wissen wir weiters, dass zwei Drittel der zur Zeit mit der Bahn Reisenden auf einen Ersatzbus bei Schließung der Strecke nicht umsteigen würden, sondern vielmehr auf den eigenen PKW. Genau das wollen wir jedoch verhindern. Und deshalb appelliere ich an sie, hier ein deutliches Zeichen zu setzen und zum Ausdruck zu bringen, dass es uns nicht egal ist, was mit der Almtalbahn passiert und dass sich die Stadt Wels für die Erhaltung dieser Strecke einsetzt.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich denke mir, dass dieser Antrag der GRÜNE-Fraktion die Finger auf ein wichtiges Zukunftsthema legt. Ich glaube ebenfalls, dass es heutzutage, gelinde gesagt, kein guter Dienst an die Zukunft ist, wenn wir Eisenbahnlinien gefährden und durch das Zurückstufen auf Nostalgiebahnen vielleicht irgendwann damit konfrontiert werden, dass es zum Abtragen von Bahntrassen kommt. Wir wissen aus anderweitigen Erfahrungen, dass dann sozusagen auf ewige Zeiten solch ein Schienenstrang nicht mehr zur Verfügung steht.

Sie werden sich bestimmt daran erinnern, dass in Zusammenhang mit dem massiven Steigen der Benzinpreise in letzter Zeit auf einmal ein Riesenpassagierzuwachs auf den attraktiven Strecken der ÖBB zu verzeichnen war. Und hält man sich das vor Augen, spricht einiges dafür, dass rechtzeitige Investitionen in die Infrastruktur, in den Wagenpark, in das Personal auch ein höheres Passagieraufkommen mit sich bringen.

So denke ich mir, dass diese Initiative sehr wichtig ist und wir als Sozialdemokratische Fraktion unterstützen diese, weil wir zutiefst davon überzeugt sind, dass es die vielen Begründungen, die du genannt hast, ganz einfach wert sind, sich diese Sache doch noch genauer anzusehen und gemeinsam für die Erhaltung der Schienen als Nahverkehrsmöglichkeit einzutreten.

StR. Kroiß: Auch die Welser Freiheitlichen werden diesem Antrag zustimmen, nachdem es schon diesen sogenannten Bahngipfel auf Landesebene gab. Der Herr Landeshauptmann hat allerdings diese Gespräche mit dem Hinweis abgebrochen, dass er vorerst einmal die Finanzentwicklung des Landes abwarten will. Und so mache ich mir genauso wie der Kollege Teubl und der Kollege Johnny Reindl-Schwaighofer meine Sorgen, denn beim Wissen um die Budgetlage des Landes kann man sich auch vorstellen, wohin die Reise in Bezug auf die Almtalbahn geht. Dabei ist klar: Wenn die Almtalbahn schon einmal stillgelegt ist, wird sie nicht irgendwann doch noch revitalisiert. Damit wäre sozusagen die Bahn für uns gestorben.

Ich glaube, dass diese Bahn für die Bewohner verschiedener Gemeinden eine ganz wichtige Sache darstellt. Sie ist für tausende Pendler die einzige Möglichkeit, um nach Wels bzw. in den Zentralraum zu kommen. Und die Energiesparmesse zuletzt zeigte uns wieder, dass sehr viele Messebesucher die Bahnhaltestelle mitten im Messegelände nutzen und damit nachhaltig die Parkplatz- oder überhaupt die Verkehrssituation entlasten. Die ständig steigenden Benzinpreise wurden ebenfalls schon angesprochen. Wenn man bedenkt, dass heute ein Liter Superbenzin 1,51 Euro kostet, dann wird es für viele bald unleistbar sein, mit dem eigenen PKW zur Arbeit zu fahren.

So werden auch wir diesem Antrag zustimmen.

GR. LAbg. Dr. Csar: Auch die ÖVP wird diesem Antrag zustimmen, weil wir ebenfalls der Meinung sind, dass diese Bahnlinie jetzt erhalten werden muss, denn falls sie einmal aufgelassen bzw. eingestellt ist, werden wir sie wahrscheinlich nie mehr zurückbekommen.

Gerade für Pendler oder für die Schüler aus der Almtalregion ist es wichtig, dass diese Bahnlinie erhalten bleibt. Und die Haltestelle mitten auf dem Messegelände wurde ebenfalls schon erwähnt.

Ich möchte jetzt aber nicht die ganzen Argumente, die von meinen Vorrednern bereits gebracht wurden, wiederholen. Vielmehr darf ich versichern, dass die ÖVP mit Vehemenz alles versuchen wird, damit die Almtalbahn erhalten bleibt.

GR. Prof. Mag. Teubl: Dann bleibt mir aufgrund der Wortmeldungen eigentlich nur mehr übrig, mich für diese einmütige Zustimmung recht herzlich zu bedanken. Und ich darf auch noch der Hoffnung Ausdruck verleihen, dass diese Resolution zu einer positiven Entwicklung in Bezug auf den Fortbestand der Almtalbahn beiträgt.

Der Initiativantrag (Anlage 20) wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion auf Beschlussfassung einer Resolution an die Österr. Bundesregierung zur Änderung der Bundesverfassung betreffend Verbot von Gemeindevachkörpern:

GR. Markus Wiesinger: Beim gegenständlichen Antrag handelt es sich um die Beschlussfassung einer Resolution an die Österreichische Bundesregierung. Es gibt nämlich zur Zeit einen Entwurf bezüglich Änderung eines Bundesverfassungsgesetzes; im Speziellen soll das Sicherheitspolizeigesetz geändert werden. Und ganz konkret handelt es sich hier um das sogenannte Konkurrenzverbot, und zwar in Bezug auf die Einrichtung eigener Wachkörper in den Städten.

Meine Damen und Herren! Dieser Antrag ist deshalb dringlich, weil nur jetzt dieses Fenster offen ist. Das Gesetz wird in wenigen Wochen im Österr. Nationalrat beschlossen. Ich glaube, sämtliche Parteien hier im Gemeinderat haben sich schon mehrfach für eine Kompetenzausweitung ausgesprochen und dazu bedarf es eben einer gesetzlichen Änderung.

Spricht man mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Ordnungswache – ich glaube, das machen viele von uns hier herinnen – dann erfährt man immer wieder, dass es zu Problemen kommt. Speziell gibt es Probleme hinsichtlich der Feststellung der Identität. Freiheitliche und auch Kollegen von der SPÖ, hier speziell der Bürgermeister, haben schon öfter darauf hingewiesen, dass es sich hier um einen wichtigen Punkt handelt. Aus diesem Grund haben wir eben diesen Antrag gestellt, weil wir der Meinung sind, dass es nun einmal eine rechtliche Grundlage dafür geben muss, dass wir die Identität feststellen können.

Die weitere Folge wäre jene, dass es einen Diskurs mit Vertretern der Polizei, der Ordnungswache und selbstverständlich der Politik gibt. Es müsste eine Verordnung erlassen werden, in der ganz klar definiert ist, wie eine „Ordnungswache neu“, wie ich sie einmal bezeichnen darf, bezüglich ihrer Rechte und Pflichten aussieht.

In diesem Sinne ersuche ich um Zustimmung zu diesem Antrag.

StR. Kroiß: Ich glaube, dass dieser Antrag recht gut gemeint ist, wenn es darum geht, dass die Ordnungswache das Recht erhalten soll, zwecks Identifizierung Personenkontrollen durchführen zu dürfen. Mit dem hier vorliegenden Antrag wird aber das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, denn sie fordern ja die Installierung eines eigenen Wachkörpers speziell für sicherheitspolizeiliche Randbereiche. An dieser Stelle muss ich sie jedoch fragen, wo diese sicherheitspolizeilichen Randbereiche beginnen und wo sie enden würden.

Interessant in diesem Bereich ist ja der Wandel der Welser ÖVP, nämlich weg von der Polizei und hin zu einem eigenen Wachkörper. Als es um die Installierung einer Ordnungswache in Wels ging, wurde das von der ÖVP vehement abgelehnt, und zwar mit der Begründung, wir wollten eine Privatarmee aufstellen. Und als wir eine Kompetenzerweiterung haben wollten, das heißt, genau dieses Anhalterrecht sollte die Ordnungswache erhalten und wir wollten diesbezüglich den Beschluss einer Resolution an den Landtag erreichen, wurde dies von der Welser ÖVP mit der Begründung abgelehnt, dass wir offenbar kein Vertrauen in die Welser Polizei hätten.

Heute erhebt sich aber die Frage, wo ihr Vertrauen in die Welser Polizei ist und ich frage mich, wer diese Ausbildung zahlen soll und welche Ausbildung dieser „Wachkörper neu“ überhaupt bekäme. Ginge es ihnen wirklich darum, dass diese Ordnungswache ein Anhaltungsrecht bekommt, dann sind wir eher beim steiermärkischen Modell, denn nach dem steiermärkischen Aufsichtsorganengesetz werden der Ordnungswache gewisse Handhabungen zugestanden.

Wir stehen ebenfalls zur Arbeit der Welser Ordnungswache und sind für eine Kompetenzerweiterung, wie sie im Bereich der Bettelei schon gegeben ist. Wir wollen aber keinen zusätzlichen Wachkörper als Konkurrenzbetrieb zur Welser Polizei installieren. Wir wollen einfach keine bewaffneten Sheriffs in Wels haben, sondern vielmehr eine Aufstockung der Welser Polizei. Wir werden deshalb diese Resolution ablehnen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich glaube, es wundert jetzt niemand, wenn ich eine dritte Position aufmache. Es ist das jene Position, die wir als SPÖ-Fraktion immer einnahmen, wenn diese Diskussionen neuerlich hochschwappten.

Ich darf somit festhalten, dass für die Sicherheitsagenden grundsätzlich die Polizei zuständig ist. Und wir in Wels haben uns nun einmal dafür entschieden, dass wir bei der Ordnungswache Personen anstellen wollen, die im öffentlichen Raum als Mediatoren unterwegs sein sollten. Wir möchten somit haben, dass alles, was die Sicherheit betrifft, wo es beispielsweise um Personenkontrollen geht, von der Polizei gemacht wird und alles andere, wo es eben um die klar definierten Aufgaben der Ordnungswache geht, von der Ordnungswache umgesetzt wird.

Jetzt aber eine Diskussion über eine eigene Stadtpolizei aufzumachen, weist meiner Ansicht nach nur auf die Orientierungslosigkeit in dieser Frage hin. Bislang war es doch unsere gemeinsame Forderung, mehr Polizei in der Stadt zu bekommen, dass mehr Polizeikontrollen durchgeführt werden, mehr Patrouillen der Polizei zu Fuß und nicht etwa in Form von PKW-Fahrten durch die Fußgeherzonen erfolgen sollten, weil wir der Ansicht waren, dass das die einzige Möglichkeit wäre, das subjektive Sicherheitsbedürfnis der Welserinnen und Welser abzusichern. Und aus diesem Grund heraus werden wir jetzt den vorliegenden Antrag ablehnen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich finde es schon interessant, dass uns jetzt das Thema „Sicherheit“ praktisch jede Gemeinderatssitzung beschäftigt. Die hier vertretenen Parteien überschlagen sich nahezu mit populistischem Vorgehen in dieser Frage. Die SPÖ hat zuletzt eine „Aktuelle Stunde“ beantragt, die ÖVP und die FPÖ brachten einen Antrag zur Vergrößerung der Ordnungswache ein – dieser Antrag wurde tatsächlich durchgebracht – und heute liegt uns seitens der ÖVP diese Resolution zum Sicherheitspolizeigesetz vor. Es geht hierbei darum, den Statutarstädten die Möglichkeit zu eröffnen, einen eigenen Wachkörper einzurichten. Und dieser Antrag ist offenbar, wie ich der Presse entnehmen konnte, ident mit Formulierungen, welche die Stellungnahme des Landes Oberösterreich zur Novelle zum Sicherheitspolizeigesetz enthält. Ich frage mich aber trotzdem, wozu sie jetzt solch einen Antrag im Welser Gemeinderat einbrachten.

Wir haben in Wels eine Bundespolizeidirektion, das heißt, der Bund ist organisatorisch, personell und finanziell für die Sicherheit in Wels zuständig. Und wenn wir meinen, dass er dieser Aufgabe nicht in ausreichendem Maße nachkommt, dann müssen wir eine Resolution an das Bundesministerium für Inneres richten und dementsprechend Druck ausüben, damit mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Und wir haben das schon in der Vergangenheit getan; das ist also nichts Neues. Was wollen sie also wirklich erreichen?

Wir haben in Wels eine Ordnungswache, die wir als GRÜNE nicht für gut geheißen haben, aber sie ist nun einmal installiert. Diese hat definitionsgemäß für Ruhe, Ordnung und Sauberkeit zu sorgen. Es wurde ihr also ein Aufgabengebiet zugewiesen, das ganz klar definiert ist und das mit dem Thema „Sicherheit“ überhaupt nichts zu tun hat. Ich denke, das soll so bleiben. Was sollte denn wirklich der Sinn sein, einen zweiten Wachkörper zu installieren, den dann die Stadt Wels bezahlen, ausrüsten, ausbilden müsste? Oder wollen sie in der Tat die Ordnungswache, so wie sie jetzt besteht, nach Durchführung einer Kurzausbildung, welche mit der Ausbildung eines Polizisten in keinster Weise vergleichbar wäre, sogar bewaffnen? Und wie sieht der nächste Schritt aus? Wollen sie dann Stadtpolizisten mit der Kalaschnikow im Anschlag patrouillieren lassen? Das kann es doch nicht sein, meine Damen und Herren!

Verschonen sie uns also mit solchen Anträgen und bleiben wir dabei, der Polizei ihre Kompetenz zu lassen, genauso wie der Ordnungswache. Wünschen wir uns bitte keinen zweiten Wachkörper in Wels.

GR. Haböck: Ich muss ganz ehrlich sagen: Schön langsam kenne ich mich in der Welser Stadtpolitik nicht mehr aus, was das Thema „Ordnungswache“ betrifft. Die Meinung oder der Standpunkt der GRÜNEN ist vollkommen klar und es wird dieser konsequent durchgezogen. Ich respektiere das. Ich stimme damit zwar nicht ganz überein, aber man weiß wenigstens, wie man dran ist. Hingegen ist es so, dass bei den Kolleginnen und Kollegen von SPÖ und FPÖ wie immer ein Zickzackkurs vorherrscht.

Es kann schon sein, dass die ÖVP früher der Ordnungswache skeptisch gegenüberstand, aber man hat ja wohl das Recht, angesichts eines Themas, das neu aufkommt, das Für und Wider genau abzuwägen und sich eben in einem sicher auch emotionalen Bereich die Einnahme eines bestimmten Standpunktes zu überlegen. Die ÖVP hat dabei zu einem Standpunkt gefunden und ist der Meinung, dass es eine Ordnungswache sehr wohl geben soll, und zwar mit genau definierten Kompetenzbereichen oder Kompetenzabsteckungen.

Das ist also der aktuelle Standpunkt und ich war eigentlich immer der Meinung, dass die FPÖ auch diesen Standpunkt vertreten würde, rühmt sie sich doch immer, dass sie es war, die die Installierung der Ordnungswache forderte. Ich habe hier eine Presseausendung der FPÖ und da kommen einige schöne Dinge vor, die ich zitieren darf. Da steht zum Beispiel: „Bei einem Blick über den Tellerrand hätte der Herr Bürgermeister erkennen können, dass andere Städte schon einen Schritt weiter sind.“ Das trifft auch für den vorliegenden aktuellen Antrag zu. Das ist in anderen Städten ebenfalls schon zutreffend, ohne dass dort private Sheriffs mit Kalaschnikows herumrennen würden.

Dann gibt es auch Aussagen vom Herrn Kollegen Gemeinderat Lehner. Der sagt, dass das Gewaltmonopol des Staates nicht überall gleichzeitig in der Stadt anzutreffen sei. Dann meint er noch, dass kriminelle Handlungen, Vandalismus und Störungen durch die Ordnungswache geahndet werden sollten bzw. dass sie dort präsent sein könnte. Und so weiter und so fort. Es heißt, die Welser Freiheitlichen würden sich nicht beirren lassen und die Ordnungswache unterschätzen, dass sie das geeignete Werkzeug bekommt. So geht es in den letzten drei Jahren im Rahmen von Presseausendungen der Welser Freiheitlichen zum Thema „Ordnungswache“ dahin. Immer wieder ist von der Ausweitung der Kompetenzen die Rede. Das ist sozusagen der Sucus der Aussagen der FPÖ.

Und jetzt gibt es diesen vorliegenden Antrag, mit dem es die Möglichkeit gäbe, rechtlich die Kompetenz ausweiten zu lassen, jetzt ist aber die FPÖ auf einmal dagegen. Ich verstehe schon, dass der Polizist Kroiß dagegen ist, aber man muss schon aufpassen, wenn man Slalom zwischen dem politischen Populismus und dem Beruf fährt, denn da kann man irgendwann sehr wohl ins Schlingen kommen. Da kann es schon einmal sein, dass man sich rechtfertigen und sagen muss, wofür man wirklich steht, nämlich für eine Ausweitung der Ordnungswache und deren Kompetenzen oder man tut das nicht.

So wie es die SPÖ immer haben will und wie es der Kollege Reindl-Schwaighofer wieder darlegte, nämlich dass man von der Ordnungswache die Funktion eines Mediators verlange, ist es auch legitim. Persönlich halte ich davon allerdings nichts, denn wir brauchen keine Mediatoren, die einfach durch die Stadt rennen. Wenn wir schon Mitarbeiter bei der Ordnungswache haben, dann müssen die auch über Kompetenzen verfügen. Eine Kompetenz bestünde beispielsweise in der Feststellung der Personalien. Und hier kann ich den Chef der SPÖ Wels zitieren, Herrn Bürgermeister Koits, der in einer Pressekonferenz vom 15. Februar 2010 dazu verlautbaren ließ, dass er sich vorstellen könne, über eine Kompetenzausweitung zu reden. Das bedürfe allerdings einer Gesetzesänderung, meinte er, beispielsweise was die Ausweispflicht betrifft und das Ausstellen von Organmandaten. Nun, heute sieht es aber wieder anders aus, das heißt, die SPÖ weiß ebenfalls nicht, was sie will.

In einem Punkt sind sich die SPÖ und die FPÖ immer einig oder soll ich eher von der SJ und der FPÖ sprechen? Es geht darum, dass beide keine Sheriffs in Wels haben wollen. Das sagt auch die Sozialistische Jugend, die ja normalerweise immer die FPÖ angreift, aber hier sind sie sich doch einig, denn sie wollen beide in Wels keine Sheriffs haben. Na gut, da sieht man endlich, wie die FPÖ, die sich ja immer rühmt, Initiator dieser Ordnungswache zu sein, wirklich zur Ordnungswache steht. Die ÖVP steht jedenfalls zu dieser Ordnungswache und wird daran arbeiten, dass sie die nötigen Kompetenzen erhält, damit sie wirklich für Sicherheit sorgen kann.

GR. LAbg. Dr. Csar: Stefan Haböck sagte schon sehr viel zu diesem Thema, ich möchte jetzt aber speziell auf die Wortmeldung des Kollegen Teubl eingehen. Sie sagten, dass wir uns überschlagen würden, wenn es um das Thema „Sicherheit“ geht. Nun, sie haben insofern Recht, dass uns die Sicherheit nun einmal am Herzen liegt. Wir wollen, dass Wels eine sichere Stadt ist. Wir möchten, dass sich die Bevölkerung in Wels sicher fühlt und nicht Angst haben muss.

Weiters haben wir ein hohes Vertrauen zu unserer Polizei und wir möchten keine Konkurrenz zur Polizei haben. Das möchte ich dem Kollegen Kroiß ganz besonders mitgeben. Uns liegt besonders viel an der Polizei und einer guten Ausstattung der Polizei. Wir schätzen die Arbeit, die die Polizisten bei uns täglich leisten. Wir wissen, was wir an ihnen haben.

Wir wissen aber auch eines, nämlich dass es mit der Sicherheit in Wels nicht so gut bestellt ist. Das ist kein Versäumnis der Polizei, sondern das ist ein Problem der Nachtstunden, ein Problem umherziehender Bevölkerungsgruppen, aber auch ein Problem der aufeinanderstoßenden Jugendlichen zu späterer Stunde. Und dieses Problem sollten wir lösen. Wir möchten das lösen und wir haben vor einigen Jahren nicht gegen die Ordnungswache gestimmt, sondern für deren Einrichtung. Nach einer etwas längeren Überlegungsphase sagten wir: Ja, wir wollen die Ordnungswache in Wels eingeführt haben. Und wir stehen dazu, wobei ich daran erinnern darf, dass wir erst kürzlich einen Antrag auf Aufstockung der Ordnungswache stellten, weil wir die Meinung vertreten, dass die Ordnungswache eine personelle Aufstockung braucht.

Nun ergibt sich eine weitere Möglichkeit, die Sicherheit in Wels zu erhöhen. Es gibt die Möglichkeit – der Landes-Verfassungsdienst hat dazu eine Stellungnahme abgegeben – dass das Konkurrenzverbot, das zur Zeit in der Verfassung verankert ist, aufgehoben wird, womit eben ein Wachkörper geschaffen werden könnte. Dieser Wachkörper würde keine „Gegenveranstaltung“ zur Polizei darstellen, sondern eine Einrichtung zur Unterstützung der Polizei. Sie wäre auch nichts Neues, denn es gibt den Wachkörper schon in Bad Ischl und in Gmunden. Wir alle kennen Bad Ischl und Gmunden, sodass wir auch wissen, was dort die Wachkörper leisten und wir wissen, dass es dort keine Spannungen mit der Polizei gibt. Es gibt dort untereinander keine Probleme und schon gar nicht laufen die Mitglieder dieser Wachkörper mit Maschinengewehren umher. Eine Gefahr für die Bevölkerung ist also nicht gegeben.

Daher sind wir dafür, mit solch einer Resolution die Bestrebungen des Landes Oberösterreich zu unterstützen und dafür einzutreten, dass die Möglichkeit eingeräumt wird, Wachkörper zu schaffen. Unser Antrag – das darf ich nochmals speziell an den Kollegen Kroiß richten – sieht vor, die gesetzlichen Grundlagen dafür zu eröffnen und nicht etwa, dass sofort ein derartiger Wachkörper in Wels eingerichtet werden soll. Wir möchten nur haben, dass die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen entsprechend unterstützt wird, um eben solch einen Wachkörper auf rechtlicher Basis einrichten zu können. Will man einrichten, so benötigt man dafür die nötigen Rechtsgrundlagen und dann natürlich auch die entsprechenden Beschlüsse. Das wäre für uns ganz wichtig.

Wichtig ist aber auch, dass die Wachkörper nicht die Arbeit der Polizei übernehmen sollten, sondern – so steht es auch im Antrag – die Randbereiche der sicherheitspolizeilichen Agenden. Dabei sollte also die Polizei unterstützt werden.



Ich bitte darum, die Anträge, die wir schreiben, genau durchzulesen, damit nicht w-möglich Gerüchte und Unwahrheiten entstehen. Hier steht schwarz auf weiß: „In sicherheitspolizeilichen Randbereichen soll die Möglichkeit eingeräumt werden, unterstützend tätig zu werden.“ Wir sollten eben für die Einrichtung von Wachekörpern eine entsprechende Grundlage erhalten. Wir sehen damit eine Möglichkeit für die Erhöhung der Sicherheit in Wels bzw. dafür, das subjektive Sicherheitsgefühl der Welser Bevölkerung zufriedenstellen zu können. Abgesehen davon könnte damit die Arbeit der Polizei unterstützt werden. Die Ordnungswache ist sozusagen eine Krücke, die uns auf dem Weg dorthin unterstützt. Auch die Arbeit der Ordnungswache könnte optimiert werden, indem wir einen Wachekörper einführen. Wir hoffen darauf, dass diese Resolution eine große, breite Zustimmung findet.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

StR. Dr. Rabl: Wenn man sich die Wortmeldungen der ÖVP so anhört, merkt man, dass sie sich offensichtlich in einem Richtungsstreit und in einem Selbstfindungsprozess befindet. Das ist ganz gut so, denn eigentlich weiß sie ohnehin nicht, wo sie hintriften soll, nämlich ein bisschen mehr nach links oder nach rechts. Das Angenehme insbesondere beim Peter Csar ist, wenn man ihm zuhört, dass man ihm einfach nicht böse sein kann. Wie er das schafft, ist immer wieder faszinierend. Jetzt komme ich aber doch wieder mehr zu den Fakten.

Erstens: Wir haben jahrelang die Einführung der Ordnungswache gefordert und das Einzige, was ich in diesem Zusammenhang zur Ehrenrettung der ÖVP sagen kann, ist, dass von der früheren oder alten Fraktion der ÖVP, diese Einführung immer abgelehnt wurde, und zwar massiv abgelehnt wurde. Die ÖVP hat somit bei dieser Frage schlichtweg jahrelang geschlafen. Das hat sie irgendwo vom Wähler präsentiert bekommen; wenn die ÖVP für etwas nicht steht, dann ist es das Thema „Sicherheit“.

Das hat sich natürlich wie ein roter Faden in der weiteren Politik fortgesetzt. Als wir nämlich in weiterer Folge sagten, dass wir mehr Kompetenzen für die Ordnungswache haben wollen, ist wiederum die ÖVP auf der Bremse gestanden. Da spielte dann das Bettelverbot hinein und man meinte, dass sich das mit christlichen Grundsätzen kaum rechtfertigen lasse und dass doch jeder ein Recht auf's Betteln habe. Wir sagten hingegen, dass wir ein Bettelverbot ohnehin nur für die organisierte Bettelei haben wollen. Zu guter Letzt konnten wir die ÖVP auch von diesem Thema überzeugen und wir schafften es insofern, die Kompetenzen weiter fortzuspinnen. Zuerst hat aber auch hier die ÖVP geschlafen, was ebenfalls ein Beweis dafür ist, dass das Thema „Sicherheit“ nicht gerade das Thema der ÖVP ist. Ich weiß schon, dass es dem Peter Csar gar nicht passt, wenn ich das sage, aber man muss das sagen dürfen und so muss ich es halt immer wieder betonen.

Ich gehe noch einen Schritt weiter. Wir sagten, dass wir noch mehr Kompetenzen für die Ordnungswache haben wollen bzw. sahen wir, dass es noch Kompetenzlücken gebe wie die fehlende Möglichkeit, einen Ausweis zu verlangen oder Organstrafmandate auszustellen. Auch hier hätten wir gern die Unterstützung der ÖVP gehabt, die uns leider aber auch diesbezüglich versagt blieb.

Tatsache ist, dass wir etwas haben, das wir eigentlich nicht haben wollen, und das muss man genauso offen sagen. Wir wollen nicht eine Konkurrenz zur Polizei in Wels haben. Und wenn man schon das eine definiert, muss man auch das andere definieren

dürfen. Wir wollen also ganz klar mehr Polizei für Wels haben. Und auch hier schläft die ÖVP, aber diesmal nicht in Wels, sondern im Bund. Die Frau Minister könnte nämlich schon einen Zahn zulegen, wenn es darum geht, die Polizei überplanmäßig aufzustocken. Was wir nämlich bisher bekommen haben, ist kaum ein Tropfen auf den heißen Stein.

Es zeigt sich allerdings doch wieder eine Gemeinsamkeit zur ÖVP. Die Analyse, dass Wels ein Sicherheitsproblem hat, ist völlig korrekt. Da gibt es eine Gemeinsamkeit und ich bin froh darüber, dass hier ein gemeinsames Erkennen gegeben ist. Und ich bin auch froh darüber, dass in diesem Zusammenhang gemeinsam ein Handlungsbedarf erkannt wird, weshalb ich die ÖVP sehr herzlich einlade, mit uns gemeinsam an einem Strang zu ziehen, und zwar in Zusammenhang mit dem Sicherheitskonzept. Ich glaube, dass wir da sicher etwas Gutes herausbringen können und auch herausbringen werden. Uns ist nun einmal die Sicherheit ein hohes Anliegen und wir Freiheitliche sind immer dazu gestanden, dass es in Wels ein Sicherheitsproblem gibt. Und wir sind immer dazu gestanden, dass nur mit einer Law-and-order-Politik diesem Sicherheitsproblem beizukommen ist. Anders geht es aus meiner Sicht nicht. Wenn einer das Gesetz verlässt, insbesondere kriminaltechnisch und strafrechtlich, dann muss denjenigen die ganze Härte des Gesetzes treffen. Dafür stehen wir und dafür sind wir immer gestanden, aber wofür wir nicht stehen, das ist die Einführung einer Konkurrenz zur Polizei.

Ich muss da noch etwas sagen. Ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung wäre auch jener, endlich die Video-Überwachung umzusetzen. Da kneift die ÖVP leider auch immer. Wir werden demnächst wieder einen Antrag in dieser Richtung einbringen, um zu prüfen, wie ernst es eigentlich die ÖVP wirklich mit den Belangen der Welser Bevölkerung meint, wenn es um das Thema „Sicherheit“ geht. Da kann man gleich einmal abtesten, ob jemand will oder nicht. Aber gemeinsam diesen Weg zu gehen, das würde mich persönlich sehr freuen und ich wäre begeistert, könnten wir das umsetzen.

Bgm. Dr. Koits: Vielleicht doch noch ein paar Anmerkungen von meiner Seite, wenn hier die Meinung vertreten wird, nur die ÖVP oder die FPÖ würden sich um das Thema „Sicherheit“ kümmern. Also, natürlich wissen auch die GRÜNEN oder wir, dass zum Wohlbefinden in einer Stadt das Thema „Sicherheit“ dazugehört. Die Frage ist ja nur die, was ich tatsächlich unter diesem Begriff verstehe und wer letztendlich dafür verantwortlich ist.

Herr Kollege Csar, an dieser Stelle ganz konkret zwei Beispiele, die sie anführten, nämlich Gmunden und Bad Ischl. Ich kenne keinen Bürgermeister in ganz Österreich, der einen Wachkörper hat, aber nicht froh darüber wäre, diesen Wachkörper nicht mehr zu haben, weil er enorm viel kostet. Das zum Ersten und zum Zweiten ist festzuhalten, dass es in diesen beiden Städten keine Bundespolizei gibt, sondern nur den Gemeindefachkörper. In den Statutarstädten haben wir hingegen jeweils eine Bundespolizeidirektion bzw. ein Bundespolizeikommando. Und die Frage ist jetzt nur, in welcher Dimension, in welcher Intensität wir uns dem Thema „Sicherheit“ zuwenden und wem wir sozusagen welche Aufgaben zuordnen. Lesen sie sich bitte nochmals durch, was wir vor einigen Jahren gemeinsam beschlossen haben. Damals haben wir der Ordnungswache die Themen „Ruhe, Sauberkeit und Ordnung“ zugeordnet. Damit sollte es sich haben! Und alle hier herinnen waren der Auffassung, dass das Thema „Sicherheit“ selbstverständlich als alleinige Aufgabe der Polizei gilt. In dieser Richtung verliefen auch die Bemühungen der SPÖ- und der ÖVP-Fraktion bei den Innenministerinnen der

vergangenen Jahre. Es waren das stets Ministerinnen, die der ÖVP angehörten und die Bemühungen gingen stets dahin, mehr Polizeibeamte nach Wels zu bekommen.

Das letzte Gespräch, das der Kollege Lehner und ich im Oktober vergangenen Jahres bei Frau Innenministerin Mikl-Leitner hatten, brachte richtigerweise einen bescheidenen Erfolg. Die Reaktionen, die ich hierauf bekommen hatte, waren tatsächlich so, dass die Leute meinten: Na, jetzt sieht man die Polizei wieder etwas mehr auf der Straße oder im jeweiligen Stadtteil, wo man eben zuhause ist. Ich gestehe zu, dass es sich hiebei um einen dauernd anhaltenden Prozess handeln sollte, wobei ich aber das Gefühl habe, dass in den letzten Tagen und Wochen die Intensität der Bemühungen etwas nachgelassen hat. Das bedeutet für uns, dass wir wieder mit den leitenden Herren der Sicherheitsdirektion, des Landespolizeikommandos und mit dem Welser Stadtpolizeikommando Kontakt aufnehmen und auf unsere Forderungen, die heute vorgetragen wurden, wieder einmal hinweisen werden. Insbesondere werden wir wieder darauf drängen, dass zumindest schrittweise die eigentlich festgelegte Zahl von Sicherheitswachbeamten für Wels erreicht wird.

Ich glaube, es ist am allerbesten, wenn die Polizei auf der Straße präventiv arbeitet. Das kann keine Ordnungswache so zufriedenstellend erledigen, weil das ganz einfach Aufgabe der Polizei ist. Diesbezüglich sollten wir unsere gemeinsamen Anstrengungen an den Tag legen.

Ich denke mir, dass jeder Innenminister oder jede Innenministerin, egal welche Parteizugehörigkeit gegeben ist, die Verpflichtung hat, dort, wo dies notwendig ist – das werden nun einmal die größeren Städte in besonderen Maße sein – entsprechende Handlungen zu setzen. Und es sollte unser gemeinsames Ziel sein, noch mehr zu erreichen, was aber nichts damit zu tun hat, ob die Ordnungswache in Randbereichen, was immer darunter verstanden wird – das könnte eine Rauferei genauso sein wie ein Einbruch – noch viel stärker als bisher tätig ist oder gewisse Dinge noch mehr beobachtet.

Die Haltung der SPÖ in dieser Frage war immer ganz klar. Wir treten für die Erfüllung der von mir zuerst genannten drei Eigenschaften ein, die wir der Ordnungswache zugeschrieben haben – dafür tun wir etwas – und sonst sollten wir zum Thema „Sicherheit“ gemeinsam vorstellig werden, um mehr für Wels zu erreichen.

GR. Pernkopf: An die Adresse des Herrn Dr. Rabl möchte ich Folgendes senden. Wir haben nicht geschlafen bzw. haben wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln versucht, die Polizei zu unterstützen. Ich mache dies als Interessensvertreter in meinem angestammten Beruf tagtäglich, nämlich bis hinunter nach Wien ins Innenministerium, wobei sicher zuzugestehen ist, dass wir so wie andere Berufsgruppen gewissen Zwängen ausgesetzt sind. Das Geld ist nicht gerade überbordend, das heißt, wir müssen danach trachten, mit unseren Budgetmitteln zu Rande zu kommen. Und das bedeutet auch, dass die Personalressourcen entsprechend einzusetzen sind. Dafür sind wir natürlich den Bürgerinnen und Bürgern verantwortlich.

Wenn hier der Eindruck erweckt wird, dass es in Wels zu wenig Polizei gibt, dann stimmt das nicht. Wir haben uns seitens des Landespolizeikommandos bemüht, nämlich als Fachausschuss, über den systemisierten Personalstand hinaus – ich gebe zu, dass er höher sein könnte – junge Köpfe nach Wels zu bekommen, junge Leute, die sich darum bemühen, die Sicherheit der Stadt zu gewährleisten.

Natürlich gibt es Unterstützungsmöglichkeiten – wir als ÖVP meinen, dass es solche Randbereiche sehr wohl gibt – seitens der Ordnungswache, welche unseres Erachtens auch wahrgenommen werden sollten. Und dazu gehört eben, dass man der Ordnungswache ein gewisses Anhalterecht zubilligen könnte, um eine effizientere Arbeit zu ermöglichen. Um mehr geht es dabei nicht!

Man muss die Sache insgesamt etwas differenzierter sehen. Es gibt Gemeindegewachkörper in den Bezirksstädten, die dem jeweiligen Bürgermeister unterstellt sind. Und ohne dass es dafür sehr viel Geld gäbe, wollen das letztlich die betroffenen Gemeinden so haben. Natürlich bemühen sich dort auch die Polizeiinspektionen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten, das heißt, es ist hier ein Zusammenwirken jener, die sozusagen für den gelinderen Bereich zuständig sind, mit jenen, die praktisch für den Kriminalitätsbereich zuständig sind – da ist nun einmal die Polizei – erforderlich.

Das wird sich nicht ändern, aber ändern wird sich sehr wohl, dass es künftig keine Bundespolizeidirektionen im derzeit gewohnten Umfang mehr geben wird, weil ja eine große Reform bevorsteht; es werden Bezirkspolizeikommissariate geschaffen. Das hat aber mit dem Stadtpolizeikommando als solchem nichts zu tun, denn beim einen handelt es sich um den operativen Bereich, während es beim anderen um die Aufgaben der Behörde geht, was ich der Vollständigkeit halber noch betonen möchte.

GR. Haböck: Ich hätte eine kleine Anmerkung zu den Ausführungen des Herrn Dr. Rabl. Herr Dr. Rabl und überhaupt die FPÖler meinen immer wieder: Das wird man ja noch sagen dürfen! Natürlich dürfen sie alles sagen und ich halte es hier ganz mit Jean-Jacques Rousseau, der sagte: „Ich muss ihre Meinung nicht akzeptieren, aber ich werde alles dafür tun, dass sie sie sagen dürfen.“

Zwischenruf StR. Dr. Rabl: Und er sagte weiters: „Dafür würde ich sogar mein Leben hingeben!“

GR. Haböck: Na ja, soweit würde ich nicht gehen, dass ich sogar mein Leben dafür hingäbe, dass sie alles sagen können.

Und man muss vor allem auch festhalten, dass das Sagen von Unwahrheiten hier herinnen noch nicht strafbar ist, vor allem nicht für einen Politiker.

Es sei mir eine kleine Anmerkung gestattet. Es war nämlich gerade die ÖVP-Fraktion, die beim Thema „Bettelverbot“ sehr stark auf die Tube drückte und ich selbst habe in meiner Fraktion sehr intensiv daran gearbeitet. Bei diesem rechtlich und emotional sehr heiklen Thema war es nur leider so, dass wir das eine oder andere Mal die FPÖ daran erinnern mussten, dass es auch so etwas wie eine Verfassung und eine Europäische Menschenrechtskommission gibt und dass man sich daran auch für den Fall zu halten hat, dass man Verordnungen der Stadt Wels erlassen sehen möchte. Deswegen hat es halt etwas länger gedauert. Im Gegensatz dazu ist ja die FPÖ dafür bekannt, der Einfachheit halber irgendwelche Anträge zu stellen, von denen man nicht so genau weiß, ob sie rechtlich gesehen überhaupt haltbar sind. Aber wie hat Herr Dr. Wieser heute schon gesagt? Er sagte: Es ist ja nichts verloren, wenn wir die sechste oder siebte Resolution an den Oö. Landtag richten, nämlich innerhalb einer einzigen Gemeinderatssitzung. Jetzt aber wäre es auf einmal ein großes rechtliches Problem, würde man die Ordnungswache verstärkt mit Kompetenzen ausstatten.

Zuerst wurde gesagt: Wir sollten an einem Strang ziehen. Nun, beim Thema „Ordnungswache“ wären wir sehr wohl dazu bereit, gemeinsam an einem Strang zu ziehen, nur hat sich heute leider gezeigt, dass der Strang schon mit einem anderen Partner besetzt ist, nämlich mit der SPÖ.

GR. Markus Wiesinger: Lieber Andreas Rabl! Ich muss mich jetzt ein zweites Mal zu Wort melden und hoffe nur, dass ich heute nicht von dir träume.

Jedenfalls höre ich dir ganz genau zu und ich wiederhole, was du sagtest. Du sagtest, die ÖVP stehe für ein Sicherheitsproblem. Ich hoffe nur, du kannst diese Aussage irgendwann einmal erläutern, denn ich weiß jetzt nicht, was du meinst.

Zum anderen sagtest du, die frühere ÖVP-Fraktion habe eine andere Meinung vertreten wie die jetzige. Ich kann mich aber sehr genau daran erinnern, dass die Aufstellung der Ordnungswache im Juni 2009 erfolgte, also eindeutig noch vor der Gemeinderatswahl, aber anscheinend befand sich die FPÖ-Fraktion damals schon in einem derartigen Wahlfieber, dass sie das mittlerweile verdrängte.

Von der FPÖ wurde aber noch etwas anderes verdrängt. Heute kamen sehr viele Anträge, was die Bürgerbeteiligung betrifft und du hast mir ein sehr interessantes Stichwort gegeben. Dabei geht es um die Video-Überwachung. Dazu führte die FPÖ eine Umfrage auf ihrer Homepage durch. Die Frage lautete: „Sind sie für die Einführung einer Video-Überwachung?“ So weit, so gut, nur es wurde dazu nie ein Ergebnis veröffentlicht.

Zwischenruf: Die läuft noch!

GR. Markus Wiesinger: Was, die läuft noch? Also meines Wissens nach wird zur Zeit eine Umfrage in der Richtung durchgeführt, ob eine Landesausstellung durchgeführt wird. Aber vielleicht solltest du wieder einmal auf deine eigene Homepage schauen.

Und weil wir gerade bei den Gedächtnislücken sind, Herr Dr. Andreas Rabl, darf ich dich daran erinnern, dass du in einem Statement im Februar 2010 gesagt hast – im ORF-Archiv ist das nachweisbar – dass du die Ordnungswache nach wie vor als zahnlos siehst und ein Gesetz forderst, das den städtischen Ordnungswachen eine Ausweiskontrolle erlaubt. Somit weißt du wohl, wie du heute abzustimmen hast!

StR. Kroiß: Ich darf nochmals erläutern, dass wir sehr wohl dazu stehen. Wir wollten ja ähnlich wie in Zusammenhang mit dem steiermärkischen Organaufsichtsgesetz erreichen, dass die Ordnungswache das Recht erhält, wie es jetzt schon in Bezug auf die Betteleiverordnung gegeben ist. Und wenn der Kollege Haböck Städte wie Graz anführte, kann ich nur sagen, dass genau die Stadt Graz nach diesem System arbeitet. Diese Kompetenz ist gegeben, aber es will keine der Statutarstädte einen eigenen Wachkörper schaffen. Diesbezüglich können sie fragen, wen sie wollen.

Ich glaube, gerade du hast in Zusammenhang mit der Betteleiangelegenheit immer gesagt, dass man doch die Bettelei im jeweiligen Heimatland bekämpfen möge und man doch diese armen Bettler nicht einfach vertreiben könne, aber andererseits haben wir die Probleme hier und nicht bei den Bettlern in den Heimatländern. Und angesichts dessen frage ich mich, wer jetzt wirklich einen Zickzackkurs geht. Zuerst wird alles

abgelehnt, was das Thema „Sicherheit“ betrifft und dann sieht es fast schon nach Errichtung eines eigenen Wachkörpers aus; das muss man erst einmal hinterfragen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) in Bezug auf Gemeindegewachkörper wird bei

8 Ja-Stimmen (ÖVP-Fraktion)  
gegen 23 Nein-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

Bgm. Dr. Koits und GR. Mag. Lehner sind bei der o.a. Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Dringlichkeitsantrag der im Stadtsenat vertretenen Gemeinderatsfraktionen betreffend Wettbüros in Wels (Auftrag an die Stadtverwaltung und Resolution an den Oö. Landtag):

StR. Kroiß: Es handelt sich jetzt um einen Vier-Parteien-Antrag, denn wir sind uns alle einig darin, dass wir in Wels zu viele Wettbüros haben. Wer mit offenen Augen durch die Stadt geht, wird so wie ich an allen Ecken und Enden Wettbüros sehen, sehr viele davon bereits in Top-Lagen im Bereich der Innenstadt. Diese Wettbüros stören nicht nur das optische Erscheinungsbild unserer schönen Stadt, sondern bringen auch infrastrukturelle Probleme in den verschiedenen Stadtgebieten mit sich. Es geht sozusagen ein Traditionsgeschäft raus und ein Wettbüro geht hinein. Das stellt teilweise ein großes Problem dar.

Und die Vorkommnisse in den letzten Monaten zeigen deutlich, dass speziell Wettbüros eine leicht zugängliche Bargeldbeschaffungsquelle darstellen.

Laut Medien haben wir derzeit 70 Wettbüros und das ist zu viel. Und auch wenn letzte Woche im Oö. Landtag der Beschluss gefasst wurde, dass die Wettkundenvermittlung nur mehr nach Genehmigung durch die Landesregierung ausgeübt werden darf, sollte uns nichts daran hindern, trotzdem diese Resolution beim Land einzubringen, weil es nämlich Zuständigkeitsbereiche, die die Stadt Wels betreffen und umgekehrt Zuständigkeitsbereiche gibt, die das Land Oberösterreich betreffen. Aus diesem Grund ist ja der Antrag in zwei Teile gegliedert. Zum Ersten bringen wir damit zum Ausdruck, dass die Stadt verstärkt Stichprobenkontrollen durchführen sollte und dass die Verordnungen bzw. Auflagen verstärkt zu überprüfen wären. Und zum Zweiten geht es um eine Resolution an das Land Oberösterreich, womit wir zum Ausdruck bringen, dass Schritte eingeleitet werden sollten, damit der Wildwuchs bei den Wettbüros unterbunden werden kann. Und es sollte auch ein Betretungsverbot für Personen unter 18 Jahren geben, denn unserer Meinung nach sind speziell Jugendliche unter 18 Jahren von der Spielsucht stark gefährdet.

Insgesamt wollen wir eine Reglementierung hinsichtlich dieser Wettunternehmen erreichen, die ihre Tätigkeit aufgrund eines freien Gewerbes ausüben. Weiters sollten etwai-

ge rechtliche Lücken geschlossen werden, damit die Kontrollen in Bezug auf Wettbüros leichter durchgeführt werden können.

GR. LAbg. Dr. Csar: Wir unterstützen selbstverständlich diesen Antrag bzw. wurde er ja von allen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen eingebracht. Es schließt sich hier der Kreis zu den vorausgegangenen Diskussionen über Sicherheit, Kontrolle, Überprüfung und dergleichen. Zuerst hättet ihr die Chance gehabt, mitzustimmen, damit wir eventuell ein Reglement bekommen und früher oder später vielleicht einen Wachkörper einrichten können, der zum Beispiel Überprüfungen bei Wettbüros etc., einem sicherheitsbehördlichen Randbereich, durchführen könnte, aber diese Chance habt ihr alle zuerst leider übersehen bzw. nicht genützt; wir hätten dazu die Möglichkeit geschaffen.

Wettbüros stellen Einrichtungen dar, die in letzter Zeit sehr stark zugenommen haben. Wir treten dafür ein – der Landtag hat sich damit schon sehr intensiv auseinandergesetzt und ich persönlich habe als Landtagsabgeordneter die Möglichkeit, mich bei diesen Beratungen einzubringen – für Wettbüros ein Reglement zu schaffen, damit der Sicherheitsbereich abgedeckt ist und eine Art Führerschein für Wettbüros eingeführt werden kann. Das ist ganz wichtig einerseits zum Schutz der Spielerinnen und Spieler, die sich in solchen Wettbüros aufhalten und dort ihre Freizeit verbringen, andererseits auch für die Nachbarn, weil es ganz wichtig erscheint, die Nachbarn vor Lärm zu schützen, der von solchen Lokalisationen ausgeht. Insbesondere liegt uns aber der Schutz der Jugendlichen am Herzen, weil es notwendig erscheint, einen Riegel in der Weise vorzuschieben, dass Jugendliche nicht leichtfertig ihr Geld verlieren können.

Deshalb werden wir diesen Antrag auf Beschlussfassung einer Resolution an den Landtag unterstützen. Und wie ich schon sagte, wäre es schön gewesen, hätte man allgemein den vorausgegangenen Dringlichkeitsantrag bezüglich Gemeindegewachkörper unterstützt, womit wir sozusagen eine starke Phalanx gebildet hätten und außerdem hätten wir die Möglichkeit gehabt, eine bessere Kontrolle durchführen zu können.

GR. Reindl-Schwaighofer: Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass diese Kontrollen der Wettbüros die Polizei durchführen kann und sie wird das sehr ordentlich durchführen, noch dazu als das in ihren Aufgabenbereich fällt.

Das Wetten an und für sich wird von vielen Menschen sozusagen als Sport betrieben, wir wissen aber natürlich, dass es genauso Menschen gibt, die spielsüchtig sind und somit viele Menschen den Schutz vor dieser Spielsucht brauchen, weshalb eine schärfere Reglementierung, eine bessere Überprüfbarkeit gut und wichtig ist. Und darum unterstützen wir diesen vorliegenden Antrag.

Vzbgm. Wimmer übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

GR. Prof. Mag. Teubl: Auch die GRÜNEN sind bei diesem Antrag mit von der Partie. Wir meinen ebenfalls, dass die Entwicklung bei den Wettbüros und Spielcasinos das Stadtbild prägt und dies andererseits keine positive Entwicklung darstellt. Als beispielsweise am Westende des Kaiser-Josef-Platzes ein Neubau fertiggestellt war, dachte ich mir, dass das wohl super sei, weil da möglicherweise ein Frequenzbringer hineinkomme, welcher diese Ecke des Kaiser-Josef-Platzes beleben werde, aber was kam wirklich hinein: Admiral Sportwetten! Und so läuft es in den letzten Jahren immer wieder. Immer größere Flächen werden von derartigen Etablissements eingenommen, aber dem soll ein Riegel vorgeschoben werden.

Herr Stadtrat Kroiß hat bereits darauf hingewiesen, dass sich dankenswerterweise der Landtag schon mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Eine Gesetzesnovelle soll vorsehen, dass künftig sämtliche Formen von Wettbüros einer Genehmigung der Landesregierung bedürfen, dass eine Bankgarantie zu hinterlegen ist und die Zuverlässigkeit der Antragsteller überprüft wird. Das ist sicher ein guter erster Schritt.

Die übrigen Punkte, die in diesem Antrag enthalten sind, sind von dieser Novelle allerdings unbetroffen und deshalb glauben wir, dass schon aus diesem Grund der Antrag aufrecht erhalten bleiben soll. Wir stimmen gern für diese Initiative.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) betreffend Wettbüros wird

einstimmig angenommen.

GR. Wildfellner verlässt die Sitzung um 18.01 Uhr.

Der Bürgermeister unterbricht sodann den offiziellen Teil der Gemeinderatssitzung zwecks Abhaltung der Bürgerfragestunde.

Nach Durchführung der Bürgerfragestunde in der Zeit von 18.01 bis 18.25 Uhr wird die Gemeinderatssitzung mit der Behandlung der vier noch ausständigen Dringlichkeitsanträge fortgesetzt.

Dringlichkeitsantrag der im Stadtsenat vertretenen Gemeinderatsfraktionen betreffend Verkauf des ASKÖ-Sportplatzes an die Welser Heimstätte:

Bgm. Dr. Koits: Es wird uns jetzt der Herr Finanzreferent als der eigentlich betroffene Referent berichten. Nachdem aber die Dringlichkeitsanträge 3, 4, 5 und 6, wie wir sie am Beginn der Sitzung in dieser Reihenfolge behandelten, als es um die Zuerkennung der Dringlichkeit ging, praktisch in einem direkten Zusammenhang stehen, möchte ich ihn ersuchen, in seiner Begründung gleich alle Anträge zusammen zu behandeln bzw. zu erörtern.

Vzbgm. Wimmer: Wir kommen jetzt tatsächlich zu einem sehr komplexen Thema, und zwar deshalb, weil es um Fragen geht, die mit dem von der Regierung bereits beschlossenen und in dieser Woche im Nationalrat zur Behandlung kommenden Stabilitätsgesetz 2012 zusammenhängen. Hier haben wir es natürlich mit jenen Punkten zu tun, die direkt Einfluss auf die Arbeit in den Gemeinden nehmen. Es ist das ein außerordentlich komplexes und kompliziertes Thema und erst in den letzten zwei Wochen hat sich über Meldungen der Interessensvertretungen so langsam oder Schritt für Schritt herauskristallisiert, wo und in welcher Weise die Gemeinden zur Kasse gebeten werden. Und wir haben festgestellt, dass es einiges gibt, was uns als Stadt Wels zum Handeln zwingt, um nicht weitere oder um nicht größere finanzielle Nachteile zu erleiden.



In Zusammenhang mit den heute vorliegenden Anträgen darf ich mich zunächst einmal bei den Fraktionsvorsitzenden der FPÖ und der ÖVP bedanken, den Herren Dr. Rabl und Peter Lehner, nämlich dafür bedanken, dass sie dazu bereit waren, sich in den letzten Tagen fast über Gebühr mit diesen Themen zu beschäftigen bzw. sich in die Materie sozusagen einzudenken und bei diesen Dingen hier mitzuwirken, um letztlich auch diese Dringlichkeitsanträge mitzutragen. Auch der Herr Baudirektor, der Herr Finanzdirektor und Herr Helmreich von der Liegenschaftsverwaltung waren eigentlich über Gebühr beansprucht und ich bedanke mich für die unter größtem Zeitdruck vorgenommenen Arbeiten.

Ich entschuldige mich dafür, dass ich zeitlich gesehen nicht mehr die Gelegenheit hatte, mit der grünen Fraktion über das Thema im Detail zu diskutieren. Dies allerdings auch unter dem Aspekt, dass ich ursprünglich der Meinung war, wir könnten diese Punkte zuerst einmal im Stadtsenat zur Vorausverfügung einbringen oder auch in Form einer Vorausverfügung durch den Bürgermeister Zeit gewinnen, wurde dann aber erst vor wenigen Tagen durch unsere Juristen dahingehend belehrt – ich bin ja nicht beratungsresistent, was grundsätzlich einmal Juristenratschläge betrifft – dass bei dieser Art von Geschäften weder eine Vorausverfügung durch den Stadtsenat noch durch den Bürgermeister möglich ist. Und damit war der Zeitdruck insgesamt noch ein größerer, denn wir mussten ja diese Dringlichkeitsanträge spätestens am vergangenen Freitag pünktlich bis Mittag einbringen. Es waren immerhin vier an der Zahl, aber es ist letztlich gelungen.

Von diesen Anträgen möchte ich jetzt gleich einmal zu dem für mich im Prinzip wichtigsten Punkt kommen. Es betrifft das die Resolution an die Österreichische Bundesregierung. Hier bedanke ich mich bei der Stadt Graz für die Vorarbeit, wo zuerst einmal solch ein Antrag in vorzüglicher und fachlich einwandfreier Art und Weise ausgearbeitet bzw. letztlich beschlossen wurde. Im Wege des Städtebundes wurde dieser Antrag den anderen Städten zur Verfügung gestellt und wir konnten somit die ausführliche Begründung unserer eigenen Resolution von diesem Grazer Antrag bis auf wenige Änderungen übernehmen. Im Wesentlichen geht es in diesem Resolutionstext darum, dass die Mehrbelastungen der Gemeinden – ich sage es jetzt sozusagen ein bisschen vereinfacht – entfallen sollen oder dass durch andere Maßnahmen ein entsprechender Ausgleich geschaffen wird.

Meine Damen und Herren! Mein Vertrauen in die Bundesregierung in dieser Frage ist allerdings ein sehr eingeschränktes, wie ich offen zugeben muss. Ich denke, dass man jetzt einmal versuchen wird, den vorliegenden Gesetzesentwurf in irgendeiner Art und Weise durch die parlamentarische Behandlung zu bringen. Und wenn ich mir die Informationen anhöre, die ich mir von Wien besorgt habe, dann soll die von mir sehr geschätzte Frau Finanzministerin, in ihrem Schlepptau Herr Staatssekretär Schieder, im Parlament erklärt haben, dass das Ganze ja ein Gewinn für die Gemeinden sei, denn die österreichweiten Belastungen für die Gemeinden würden rund 60 Mio. Euro ausmachen, während sich der Gewinn für die Gemeinden aus zusätzlichen Steuern auf 260 Mio. Euro stellen würde. Dazu kann ich nur sagen: Allein es fehlt mir der Glaube. Die letzten Tage haben mich in dieser Auffassung bestärkt, wenn man gesehen hat, wie die Finanztransaktionssteuer bröckelt, wie das geplante Übereinkommen mit der Schweiz bröckelt. Ich glaube nicht, dass hier noch Zusätzliches für die Gemeinden zu retten ist. Daher sollten wir einerseits unsere Meinung in dieser Resolution zum Ausdruck bringen und auf der anderen Seite bestimmte Grundstücksgeschäfte, soweit es

die Zeit zulässt – die Deadline ist der 1. April oder eigentlich der 31. März – schnellstens tätigen, um für die Stadt Wels entsprechend Steuern sparen zu können.

Ich darf ihnen jetzt nur eine Zahl nennen, die ich vom Herrn Finanzdirektor erhalten habe. Allein die Vorsteuerabzugsmöglichkeit hat uns seit Gründung der Immo-KG im Jahr 2005 bis heute – damit meine ich die abgerechneten Projekte – 9 Millionen Euro gebracht. Das ist eine gewaltige Summe und wenn wir diesen Vorsteuerabzug verlieren, dann ist dies als Anschlag auf die Gemeindefinanzen zu sehen. Ich weiß nicht, ob es den Städten und Gemeinden bzw. deren Interessensvertretungen noch rechtzeitig gelingt, diesen Anschlag, wenn schon nicht zu verhindern, so doch zumindest zu entschärfen.

Zur Verdeutlichung der Situation darf ich noch sagen, dass bis zum jetzigen Zeitpunkt eigentlich niemand ganz genau weiß, was wirklich läuft. Hierzu darf ich ihnen eine E-Mail vorlesen, das ich heute um 09.02 Uhr von der Abteilung „Finanzen und Volkswirtschaft“ des Österreichischen Städtebundes erhielt. Darin heißt es: „Liegenschaftsvermögen außerhalb eines BgAs“ – Betrieb gewerblicher Art – „unterliegt nach derzeitigem Stand der Regierungsvorlage bei einer Veräußerung nach dem 1.4.2012 der Immobilienertragssteuer. Veräußerungen von Liegenschaften eines steuerbefreiten Betriebes sind hingegen unseres Erachtens nach von der Immobilienertragssteuer befreit. Veräußerungen von Liegenschaften durch Immobiliengesellschaften der Städte unterliegen nicht der Immobilienertragssteuer, sondern generell der Körperschaftssteuer. Wenn nun aber der laufende Betrieb Verluste generiert, würden etwaige Veräußerungserlöse nur die steuerlichen Verluste reduzieren, aber keine Ertragssteuerbelastung auslösen. Es gilt daher zu prüfen“ – und das vier Tage vor Ende der Frist – „ob für geplante Veräußerungen in der kurz- und mittelfristigen Betrachtung nicht Übertragungen an die Gesellschaften noch vor dem 1.4.2012 in Erwägung gezogen werden sollten. Eine solche Einlage wäre unter Anwendung der umfassenden Abgabenbefreiung des Artikels 34“ – Budgetbegleitgesetz – „vorzunehmen.“

Also, wenn man sich diese vorsichtige Formulierung anhört, weiß man, dass es kaum jemand gibt, der wirklich genau weiß, was kommt bzw. wie die Dinge zu handhaben sind.

Zusammenfassend gesagt war es der Vorschlag des Herrn Finanzdirektor, dem ich nähergetreten bin, und das Ergebnis der Gespräche mit den Stadtsenatsfraktionen, welche dazu führten, ihnen heute neben der bereits angeführten Resolution an die Bundesregierung noch drei weitere Dringlichkeitsanträge in diesem Zusammenhang vorzulegen, die einen maßgeblichen Steuerverlust für die Stadt Wels verhindern helfen sollen. Das sollten sie ebenfalls im Konjunktiv gehört haben, weil ich ebenfalls nicht mit absoluter Sicherheit sagen kann, was letztlich auf Bundesebene beschlossen wird und was auf uns zukommt. Aber die Wahrscheinlichkeit, dass wir damit im letzten Augenblick noch einen Steuerverlust verhindern können, erscheint doch als ziemlich groß.

Ich darf ihnen Folgendes bekannt geben. Würden wir das schon länger in Diskussion stehende Grundstück, wo zur Zeit der FC Wels spielt, nicht vor dem 1. April verkaufen, so bedeutete dies einen Steuerverlust von rund einer halben Million Euro. Und so haben wir – damit meine ich jetzt wieder neben mir die Kollegen Rabl und Lehner sowie einige Kollegen vom Magistrat – mit der Welser Heimstättengenossenschaft zusammen einen Vertrag vorbereitet. Der Zeitdruck war so stark, dass sie den Vertragsentwurf noch gar nicht in den Händen hatten bzw. erst zu Sitzungsbeginn überreicht erhielten.

Wir konnten nämlich erst heute Vormittag die Sache zum Abschluss bringen und der wesentliche Punkt ist, dass ein Verkauf des Grundstückes an die Welser Heimstätte zum Preis von 160 Euro pro Quadratmeter erfolgen soll. Diese ist sehr froh darüber, dieses Grundstück zu bekommen. Und nach Meinung unserer Fachleute ist das ein gerechter Verkaufspreis, wenn man sich die ganzen Nebenbedingungen des Vertrages anschaut. Seitens der Welser Heimstätte wird natürlich damit argumentiert, dass es sich bei diesen 160 Euro um einen Betrag handelt, der sozusagen an der Preisobergrenze für Grundstücke in dieser Gegend liegt, aber wenn man bedenkt, dass wir uns dazu verpflichten, die Abbruchkosten zu tragen – letztendlich haben wir uns auf dieser Basis mit der Heimstätte verständigt – dann scheint die Sache doch fair zu sein. Es kommt dann insgesamt ein Verkaufserlös für die Stadt Wels in Höhe von € 3,260.000,- zusammen.

Herr Bürgermeister, wenn es gestattet ist, dann werde ich jetzt auch noch gleich die zwei anderen Dringlichkeitsanträge behandeln, damit gemeinsam über all diese Punkte diskutiert werden kann, wonach natürlich eine Einzelbeschlussfassung erfolgen würde.

Bgm. Dr. Koits: Ich bitte darum!

Vzbgm. Wimmer: Sie haben ja alle Dringlichkeitsanträge in Kopie erhalten und sehen, dass sich einer dieser Anträge mit der Einbringung der Liegenschaft in die Holding Immobilien GmbH & Co KG beschäftigt, nämlich mit jener Liegenschaft, wo sich die Volksschule 2 bzw. die „Neue Mittelschule 1“ in der Rainerstraße befindet. Das in Hinblick darauf, dass wir in unseren Budgetplanungen Schulerweiterungsbauten vorgesehen haben, auch einen Neubau der Turnhalle. Diese Einbringung ist also aus steuerlichen Gründen ebenfalls notwendig.

Dann geht es noch um das Grundstück in Wimpassing. Die vor etwa einem Jahr hier im Gemeinderat beschlossene Übertragung von Grundstücken der WBA an die Stadt Wels, die sich aus damaliger Sicht unter Hinweis auf steuerliche Gründe als richtig und notwendig ergab, soll heute rückgängig gemacht werden. Dies deshalb, weil wir über eine Kapitalgesellschaft weiterhin jene Steuervorteile nützen können, die der Gesetzgeber gerade versucht, den Gemeinden, die das direkt über die Stadtverwaltung betreiben, wegzunehmen.

Das sind also jene vier Dringlichkeitsanträge, zu welchen ich sie ersuche, die Zustimmung zu geben. Und ich weise darauf hin, dass mit Ausnahme des Dringlichkeitsantrages betreffend Beschlussfassung einer Resolution bei den anderen drei Dringlichkeitsanträgen, welche sozusagen direkt diverse Grundstückstransaktionen betreffen, eine Zwei-Drittel-Mehrheit notwendig ist.

Bei dieser Gelegenheit darf ich noch anfügen – ich weiß nicht, inwieweit der Herr Stadtbaudirektor die Kollegen Fraktionsvorsitzenden Informierte, wobei ich selbst erst heute früh darüber informiert wurde – dass wir noch bei einigen anderen Transaktionen einen raschen Handlungsbedarf haben. Das insbesondere bei jenen Betriebsbaugebieten, die heute schon im Zuge der Diskussion über die Autobahnab- bzw. -auffahrt angesprochen wurden. Der Kollege Lehner hat in seiner Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt darauf hingewiesen, dass es bereits konkrete Interessenten gibt. Das Interesse ist bei zwei Unternehmungen schon derart groß, dass sie direkt Grundflächen von den jetzigen Grundeigentümern – das sind durchwegs Landwirte – ankaufen werden und im Zuge dessen entstehen dann Restgrundstücke. Diese Restgrundstücke

sollen von der Stadt Wels erworben werden, und zwar klarerweise noch vor dem 1. April, um hier ebenfalls die Steuerverluste zu minimieren. Darüber hinaus geht es noch um einige weitere Grundstücke in diesem Bereich, welche Landwirte gehören, und zwar innerhalb und außerhalb des Autobahnringes, die ebenfalls kurzfristig angekauft werden sollen, weil diese Grundeigentümer im Moment – soweit mein Informationsstand – ihre Verkaufsbereitschaft davon abhängig machen, dass in Hinblick auf den noch bestehenden Steuervorteil das Ganze noch vor dem 1. April über die Bühne geht.

Nachdem also der 1. April ganz schnell näherrückt, sind wir in den nächsten Tagen gefordert, die Dinge mit den Fraktionen entsprechend abzuhandeln, die Dinge zu diskutieren und letztlich zu entscheiden. Ich unterstelle einmal, dass wir im Interesse der Betriebsansiedlungen von unserer Seite aus positive Entscheidungen treffen. Dann wird mit den Eigentümern auszureden sein, dass sie sich vorläufig einmal mit Kaufverträgen begnügen. Diese Dinge sind wieder gemeinderatspflichtig, und zwar mit Zwei-Drittel-Mehrheiten, das heißt, wir können auch hier keine Vorausverfügungen treffen. Und wir brauchen für die Vorbereitung eine entsprechende Zeit, um dann entweder wieder Dringlichkeitsanträge für die nächste Gemeinderatssitzung zu erarbeiten oder – ich glaube, ersteres wird nicht notwendig sein – auf normalem Weg über den Finanzausschuss in den Gemeinderat zu gehen. Das steht also heute noch nicht zur Beschlussfassung an, aber aufgrund der Aktualität bzw. der jetzt vorliegenden Anträge wollte ich sie trotzdem über die weiters notwendigen Maßnahmen informieren.

GR. Markus Wiesinger verlässt die Sitzung um 18.33 Uhr.

StR. Lehner: Zuerst möchte ich mich dem Dank an Dr. Barth, Baudirektor Pany, Herrn Helmreich und auch an die Fraktionsvorsitzenden anschließen.

Was hier in den letzten Tagen passiert, ist für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt wirklich wichtig und ich möchte klarstellen, was hier mit den Restflächen gemeint ist. Nimmt man nämlich dieses Wort in den Mund, so klingt das so, als würde Wels eine Art Förderung an die Betriebe, die sich hier ansiedeln wollen, gewähren, aber in Wahrheit geht es darum, dass wir diese Flächen dringend benötigen, um eine Anschlussstraße hin zur Autobahn herstellen zu können. Das sind also für die Stadt dringend erforderliche Flächen und dazu gibt es bereits klare Vereinbarungen mit den Grundstückswerbern dahingehend, wie das alles intern verrechnet wird.

Wir haben es hier mit sehr weitreichenden Beschlüssen zu tun, die leider innerhalb sehr kurzer Zeit notwendig sind. Die Bundesregierung hat uns hier ein sehr hohes Tempo vorgegeben, das aber auch positive Seiten für uns hat. Ein gewisser Druck erzeugt nämlich auf der anderen Seite Dynamik und wenn es uns gelingt, diese Dynamik in positive Energie umzuwandeln, können wir viele Arbeitsplätze für Wels sichern. Und so denke ich mir, dass diese Dringlichkeitsanträge sehr wichtig für uns sind und wir all diesen Anträgen zustimmen sollten.

Bgm. Dr. Koits: Ich möchte mich ebenfalls noch herzlich bedanken, nämlich bei den Fraktionsvorsitzenden, dem Finanzreferenten und bei den Mitarbeitern im Haus, die damit befasst waren. Ich weiß, es wurde hier wirklich auf die letzte Sekunde hingearbeitet.

Ich lasse dann über diese vier Dringlichkeitsanträge einzeln abstimmen, wobei ich vorweg darauf hinweise, dass bei drei Anträgen eine Zwei-Drittel-Mehrheit notwendig ist;

nur beim Dringlichkeitsantrag betreffend Beschlussfassung einer Resolution an die Bundesregierung genügt die einfache Mehrheit.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 3) betreffend Verkauf eines Grundstückes an die Gemeinnützige Heimstättengenossenschaft e.Gen.m.b.H. wird bei

28 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
bei 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

mit Zwei-Drittel-Mehrheit angenommen.

GR. Barbara Wildfellner und GR. Markus Wiesinger haben die Sitzung bereits verlassen.

Dringlichkeitsantrag der im Stadtsenat vertretenen Gemeinderatsfraktionen betreffend Einbringung der Liegenschaft Volksschule 2/Neue Mittelschule 1, Rainerstraße, in die Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG:

(Debatte bzw. Erläuterung unter Dringlichkeitsantrag Heimstättengenossenschaft.)

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 4) wird

einstimmig angenommen.

GR. Barbara Wildfellner und GR. Markus Wiesinger haben die Sitzung bereits verlassen.

Dringlichkeitsantrag der im Stadtsenat vertretenen Gemeinderatsfraktionen betreffend Beschlussfassung einer Resolution an die Österr. Bundesregierung zum Stabilitätsgesetz:

(Debatte bzw. Erläuterung unter Dringlichkeitsantrag Heimstättengenossenschaft.)

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 5) wird

einstimmig angenommen.

GR. Barbara Wildfellner und GR. Markus Wiesinger haben die Sitzung bereits verlassen.

Dringlichkeitsantrag der im Stadtsenat vertretenen Gemeinderatsfraktionen betreffend Verkauf eines Grundstückes an die WBA und Rückgängigmachung der Vereinbarung über die Auflösung der Wirtschafts- und Ansiedlungsgesellschaft Wels GmbH gemäß § 95 GmbH-Gesetz vom 08.11.2010:

(Debatte bzw. Erläuterung unter Dringlichkeitsantrag Heimstättengenossenschaft.)

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 6) wird

einstimmig angenommen.

GR. Barbara Wildfellner und GR. Markus Wiesinger haben die Sitzung bereits verlassen.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke dem Referenten zu diesen Dringlichkeitsanträgen und halte fest, dass wir am Schluss der heutigen Gemeinderatssitzung angelangt sind. Ich stelle fest, dass gegen die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung kein Einwand erhoben wurde und diese somit als genehmigt gilt.

Ich danke ihnen für die Diskussionsbeiträge und wünsche ihnen noch einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriffthführer: